

Sonntag, den 9. Februar 1919

Lodzer

Einzelverkaufspreis 30 Pf.

Streie Presse

Heftpreis: Die neunseitige Monatsschrift 10 Pf. — Ein Band 50 Pf.
Die vierseitige Wochenschrift 2 Pf. — Für Blätter und Sonderdrucke

Heftpreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Sie kostet
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 20 Pfennige, monatlich 5.— Mark.

Nr. 39

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 80

2. Jahrgang

Ein Wort über die Radikalisierung unserer Arbeiterschaft.

Den ersten Aufmarsch der Lodzer Kommunisten in einer von der bessischen Wöhlervereinigung seinerzeit einberufenen Versammlung haben unsere Bürger und Arbeiter mit ungünstigem Erstaunen betrachtet. Seitdem war ihnen immer wie er Gelegenheit geboten, die Reden und Kampfschriften dieser noch der äußersten Linken abgeschwungenen Lodzer deutschen Arbeiter zu hören, besuchten die selben doch jede öffentliche Versammlung und traten ungenierter auf als die Einbürgerer selber. Sie haben bei solchen Gelegenheiten nicht die stürmische Zustimmung der breiten Masse gefunden, die sie vielleicht erwartet haben; angesichts der bolschewistischen Schreckensherrschaft im Russland und der krassesten Umlaute im Lande der Dichter und Denker ist es doch noch nicht jedermann's Sache, die Diktatur des Proletariats herbeizutun. Aber sie haben trotz allerdem Zulauf gefunden, zu jeder neuen Versammlung erschienen sie in verstärkter Zahl, und die Lungenkraft ihrer erregten Anhänger ließ manchmal die Wände des Saales erzittern. Und wenn sie heute mit Hochrufen auf die Weltrevolution demonstrativ abheben, so hört man einen deutlichen Anklang des so viel besungenen "Massenträts der Arbeiterbataillone."

Man nehme diese Erscheinung des Anwachsens der kommunistischen Ideen unter den bisher gemütvollen deutschen Arbeitern des Lodzer Industriebezirks nicht auf die leichte Achsel, denn in gleichem oder sogar verstärktem Maße möchte auch die Anhängerchaft der Kommunisten unter den polnischen Arbeitern. Die Radikalisierung der erwerbslosen zum Teil hungrigen Masse ist in vollem Gange.

Es ist kein Jahr vergangen, da spotierten die bürgerlichen und mehrheitssocialistischen Blätter in Deutschland über die Versuche des Häufsteins „Unabhängig“, die Idee der „direkten Aktion“ des Bolschewismus, auszubreiten. Ein halbes Jahr später kam die Revolution, entstanden ganz nach russischem Muster Arbeiter- und Soldatenräte, und heute, Monate nach der siegreich verlaufenen Revolution, kämpfen in dem b-freien Lande die bolschewistischen Elemente in Berlin, Wilhelmshaven, Bremen und in andern Orten ganz ernsthaft mit dem Schießprügel, der Handgranate und dem Maschinengewehr gegen die Volksregierung.

Man soll nun zwar Menschen und Zustände nicht schwärzen malen als sie sind, man soll nicht gleich das Schlimmste befürchten, aber man soll sich auch nicht zur unrechten Stunde mit Gewalt einreden wollen, daß bei uns noch alles in Ordnung sei und vermutlich auch bleiben werde. Der Terror, der in den letzten Wochen gegen zahlreiche Fabrikanten oder deren Vertreter geübt wurde, ist eine Erscheinung, die ebenso wie die Tatsache, daß die Kommunisten Zulauf finden, darauf hinweist, daß auch Lodz ein empfänglicher Boden für die Saat proletarischer Gewaltthaber ist.

Das Jammern darüber, daß die Welt so traurig und auch so häßlich geworden ist, ist freilich auch keine reitende und befriedende Taf. Will man dem sich ausbreitenden Bolschewismus entgegenwirken, dann müssen alle besonnenen und vernünftigen Elemente, die es bisher zuließen, daß uneranständliche Leute die Massen aufzugestellen und wirkt machen, aus ihrer Reserve herauszustellen und aktive Menschen werden, die durch Wort und Tat, durch Ausklärung und durch entschlossenes Eintreten für eine neue solide Organisation unseres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens ihre Bürgerpflichten in ganz anderer Weise erfüllen als bisher. Intelligenz und Bürgerschaft dürfen nicht nur unter sich und für sich leben, sie müssen unter das Volk gehen. Es gilt die Abgründe zwischen den einzelnen Ständen zu überbrücken, damit der Klassenhaß nicht immer neue Nahrung findet. Es wird auf die Dauer gewiß nicht ohne Wirkung bleiben, wenn intelligente und wohlerzogene, geschulte und einsichtsvolle Menschen sich unter die Masse mischen, um dort aufzuklären und mitzuführen. Und zwar wird die Wirkung von zweierlei Art sein: erstmals werden die Arbeiter, die immer nur hören, daß sie die Verlorenen des Schicksals, die Entebten, Ausgebütelten und Getreteten sind, auch anderer Stände Sorgen und Nöte, anderer Männer und Frauen ehrenhafte Gefünnungen und Ausschauungen lernen, zweitens, und das ist noch wichtiger, werden die bisher von den unteren Schichten allgemein abgesonderten Intelligenz und Bürger sehr bald begreifen, daß die Arbeiterschaft mit Recht eine eigene Initiative sowohl wie durch Einflussnahme Bürger, die sich mit Fleiß hagegen wehren,

Die polnisch-deutschen Verhandlungen.

Polnischer Antrag auf Verfassung.

Berlin, 8. Februar. (P. A. T.)

Während der in den letzten Tagen geführten Unterhandlungen der preußischen Regierung mit den Delegierten des Obersten Volksrats in Posen erklärte die preußische Regierung im Einvernehmen mit der Reichsregierung, daß sie infolge der im Großherzogtum Posen entstandener Lage in keiner Weise im Stande sei, einer Entscheidung vor dem Friedensschluß zuvorzukommen. Entsprechend dem Waffenstillstandsvertrag müssen die Grenzen des Reiches im Osten die Grenzen vom August 1914 sein; innerhalb dieser Grenzen aber muß die staatliche Oberhoheit in den Händen der preußischen Regierung beziehungsweise derjenigen des Deutschen Reiches liegen. Angesichts dieser Lage der Dinge, führt die preußische Regierung das Bestehen einer polnischen Armee mit polnischem Kommando innerhalb der deutschen Staatsgrenzen für unmöglich und fordert die Auflösung derselben und Wiedereinsetzung der preußischen Behörden, sofern die Polen diese Behörden besiegt haben. Die preußische Regierung erklärte, daß sie nur diese Behörde anerkennt, die von der preußischen Regierung eingesetzt und von ihr sanktioniert worden ist.

Die polnischen Delegierten erkannten zwar die Stellung der preußischen Regierung formell an, erklärten jedoch, daß sie die aus deren Gesichtspunkt angesichts der geschaffenen Lage hervorgehenden preußischen Forderungen nicht anerkennen können, was besonders die Niedersiegung der Polen bestätigt, legen die Polen entschiedenen Protest ein. Stattdessen schlugen die Polen vor, die weiteren Unterhandlungen auf 2 Wochen zu vertagen und für diese Zeit die beiderseitigen Kriegsoperationen einzustellen. Die preußische Regierung erklärte hierauf im Einvernehmen mit der Staatsregierung, daß ein Waffenstillstand nur dann erfolgen könnte, wenn es auf deutschem Boden keine fremde bewaffnete militärische Formation gebe.

Der Kampf um Rawitsch.

Die Pressestelle des Volksrates Breslau, Generalrat für die Provinz Schlesien, teilt mit: Die Polen haben mit etwa 1000 Mann gutdisziplinierte Truppen die Stadt Rawitsch halbkreisförmig angegriffen. Die Rawitsch'sche Besatzung, die sich auf etwa 500 Mann beläuft, hat im Verein mit Bürgerwehr, die mehrfach eingesetzt wurde, den Feind zurückgeschlagen. Der Kampf dauerte bis 6 Uhr morgens. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Die Lage ist weiter sehr ernst. Nach Berichten Gefangener wird ein neuer Angriff auf Rawitsch erwartet. Die Polen sollen fest entschlossen sein, die Stadt zu nehmen. Auf Veranlassung des Volksrats zu Breslau sind vom 6. Korps Verstärkungen abgegangen. Aus Obernigk hat sich unter Führung des Stabsarztes Dr. Kobisch eine Freiwilligentruppe im Zug nach Rawitsch begeben, um die dortige Bürgerwehr zu verstärken.

Besserung der sozialen Zustände verlangt. Eine Folge dieses Einkommensnervs wird sein, daß auch die Bürgerschaft die Notwendigkeit sieht, gehender Reformen erkennt und mit großem Nachdruck fordert wird, daß von Staats- und gesetzewegen gegen die Verelendung der unteren Volkschichten angekämpft wird.

Nur dadurch, daß durch den vereinten Willen aller Stände raschestens die Möglichkeit geschaffen wird, dem tatsächlich vorhannten Trend die wütigen und schmerzbringenden Efei abzuschleifen, wird die Gefahr frankhafter Ausbrüche der Verzweiflung und des Klassenhaßes verringert.

An die er Aufgabe, den Massen Arbeit,

Nationalfeiertag anlässlich der Landtags-eröffnung.

Warschau, 8. Februar. (P. A. T.)

Der Chef des Staates erließ ein Dekret über die Einsetzung eines Nationalfeiertags aus Anlaß der Gründung des versammlunggebenden Landtags. Dieses Dekret lautet:

Um den für das polnische Volk großen Tag der Gründung des versammlunggebenden Landtags zu ehren und zu verewigen, bestimme ich: Den Tag der Eröffnung des versammlunggebenden Landtags, das heißt den 10. Februar 1919, erkläre ich für einen Nationalfeiertag. An diesem Tage ist die Arbeit in allen Geschäft-, staatlichen und kommunalen Ämtern, Industrie- und Handels-Instituten, wie auch in den Bildungsanstalten, besonders aber in Regierungs- und Privatbüroen, einzustellen. Diese Vorschrift erstreckt sich nicht auf Institute der öffentlichen Wohlfahrt, wie Elektrizität, Gas- und Wasserwerke, auf Telephone, Verkehrsmittel und Speisenanstalten.

Der Vormarsch der Bolschewiki.

Berlin, 8. Februar. (P. A. T.)

Das deutsche Hauptkommando im Osten meldet amlich: Seit dem 8. Februar ruht die Verbündigung der östlichen Grenzen in den Händen des Oberkommandos. Die Lage in den Gebieten am Baltschen Meer ist sehr ernst. Ein Angriff der Sowjettruppen im Abschnitt von Windau wurde aufgehalten. Alle Anzeichen sind jedoch dafür, daß der Feind nur auf Verstärkungen wartet, um dann mit Hilfe größerer Kräfte uns erneut anzugreifen. Das nächste Ziel der bolschewistischen Truppen scheint Libau zu sein. Südlich vom Baltschen Meer ist es uns gelungen, unsere Linien zu halten. Rowno, Grodno, Bielostok und Brest-Litowsk sind in unserem Besitz. Daher ist die Eisenbahnlinie Brest-Litowsk-Preßl für den Rückzug unserer Truppen gesichert. Die Ukraine werden wir bis zum 12. Februar verlassen. Es ist uns gelungen, aus der Ukraine alle unsere Truppen außer den in Odessa und Nikolajew befindlichen zurückzuziehen. Diese Truppen sind abgeschnitten.

Berlin, 8. Februar. (P. A. T.)

Die „Germania“ bringt aus glaubwürdiger Quelle die Nachricht, daß die von der Grenze Ostpreußens 60 Kilometer entfernte Ortschaft Toelcke von den Bolschewikern besetzt worden ist. Ein Teil der bolschewistischen Truppen rückt nach Süden und Westen vor.

Strassenbahnerstreik in Warschau.

Warschau, 7. Februar.

Gestern wollten die P. P. S., die Kommunisten und die Bündisten in Warschau einen Generalstreik hervorrufen. Die Seher wurden mit Gewalt zur Einstellung der Arbeit gezwungen. Der Streik gelang jedoch nicht, die Blätter erschienen alle, nur mit bedeutender Verspätung. Es streikten nur die Straßenbahngestellten.

auf die Entscheidungen der Stadt- und Kreisverwaltungen und Staatsregierung, das ist die Forderung der Stunde! Es kann doch niemand, der seine Heimat wirklich liebt, im Ernst behaupten, daß Polen fertig und mustergültig ausgebaut sei, es ist in den Städten und auf dem Lande unendlich viel Arbeit zu leisten, die Hunderttausenden Beschäftigung geben kann. Nur Initiative ist nötig, sie zu beginnen, nur Geld ist nötig, sie durchzuführen. Wer von den Vermögenden darf sich da der Pflicht entziehen, der Stadt, der Gemeinde und den Staaten die Geister vorzuführen, um durch die Schaffung von Dienstleistungen die Gefahr schlimmer Unruhen, bei denen alles zu verlieren ist, vorzubringen! Auch unsere deutschen Bürger, die sich mit Fleiß hagegen wehren,

als Völzer zweiter Klasse betrachtet zu werden, di Einschüchterungen gegen die Hin ansehung deutscher Männer bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten, gegen die Abweisung stillenloser deutscher Arbeitnehmer, müssen da mit gutes Beispiel durch die Bezeichnung von Staats- und Stadt- anleihen vorangehen. Wer seine Pflichten erfüllt, braucht sich dann nicht zaghaft verstecken, wenn seine Rechte verhältnismäßig werden.

Noch einmal sei es gefragt, nicht durch nutzloses Klagen verhindern wie eine weiterreichende Radikalisierung unserer Arbeiterschaft, sondern nur dadurch, daß eine Überbrückung der scharfen Klassenkontrakte angestrebt wird, daß Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten und bessere soziale und freiheitliche politische Zustände geschaffen werden.

Zum Schluß noch ein kurzes Wort über unsere deutschen Arbeiter. Wie eingangs erwähnt ist, sind manche von ihnen zu den Kommunisten übergetreten und rufen nach der Diktatur des Proletariats. Ist nach allem, was wir früher erfahren haben und auch jetzt erleben, anzunehmen, daß die Lodzer polnischen Arbeiter, deren Mehrheit bei den Wahltagenwochen dem nationalen Arbeiterverband antritt, sich so internationa als gesinnt erweisen werden, daß sie in der Praxis des gewöhnlichen Alltags den deutschen Genossen in Büro, Lager und Werkstatt als vollberechtigt neben sich dulden werden? Und zwar auch dann, wenn er sich nicht, wie es mancher schon tut, als Wetterfahrenden deutscher gibt, der seine Muttersprache leichter Sprach Preis gibt? In sprachlich gemischten Gebieten ist es für alle Angehörigen eines Volkstums, das sich in der Minderheit befindet, gerade auch für den Angestellten und Arbeiter, oftmals eine Lebensfrage, daß sie die Möglichkeit eines nationalen Zusammenhalts erkennen. Unsere deutschen Angestellten und Arbeiter in Lodz befinden sich zweifellos in der Lage, daß sie sich zusammenfinden müssen, um hier auf die Dauer geachtet und gelitten zu werden. Gehen sie, dem Beispiel der Kommunisten folgend, beispielswise nicht zur Stadtverordnetenwahl und stimmen für einen deutschen Kandidaten, bleiben sie dann ohne Vertretung im Rathause, und ist dann in der Folge keiner da, der für sie eintritt, wenn eine erste Stunde es erforderlich macht, dann haben sie durch ihren verneinenden Mobilismus sich aufs bitterste selbst geschadet. Unsere Arbeiter können, wenn sie nicht bedeutungslos werden wollen, nicht besonders halb- oder übergangsweise Gruppen bilden, sie müssen Mann hinter Mann stehen, damit ihre Stimme zu Gehör kommt.

F. L.

Der Völkerbundenswurf.

Unerfüllbare Probleme.

Aus Paris wird gemeldet: Die Veröffentlichung des Völkerbundenswurfs steht bevor. Präsident Wilson und Oberst House haben die lebte Hand an die Zusammensetzung des Völkerbundauschusses gelegt, der einer Vollzügung des Völkerbundauschusses vorgelegt werden soll, in der der Präsident den Vorit führt. Der Entwurf, an besten Ausführung Sachverständige die ganze Nacht über gearbeitet haben, ist gedruckt und besteht aus einem Vorwort und aus 22 Artikeln. Er folgt ungefähr den großen Linien der amerikanischen Verfassung.

Im Vorwort erklären die Mächte, die das Friedensinstrument unterzeichnen müssen, daß sie, um nähere Beziehungen zwischen den Nationen zu schaffen, völlige Wahrung der vertraglichen Verpflichtungen herzustellen und dadurch den Weltfrieden zu sichern, die nachfolgenden Punkte niedergelegt haben und hoffen, auf diese Weise den Gedanken eines Völkerbundes zu verwirklichen. Man hofft den Wunsch, daß der ganze Entwurf dem Friedensvertrag einverlebt werde. Die Vertragsspunkte sind teilweise rein verwaltungstechnischer Natur. Im übrigen decken sie die Grundzüge des Präsidenten Wilson aus. Der ursprüngliche amerikanische Plan bestand nur aus 14 Artikeln, aber mit zahlreichen ergänzenden Verbindungen. In dem nunmehr zusammengesetzten amerikanisch-englischen Entwurf sind die Vereinbarungen des Völkerbundes selbst genannt. Der Entwurf ist dem Präsidenten Wilson zugesandt, der einige Änderungen für nötig hielt. Präsident Wilson erwartet, daß in der Kommission Einwände gemacht werden, aber nicht gegen die Verträge an.

Präsident Wilson hält am Montag abend in der französischen Kammer eine Rede, in der er u.a. folgendes ausführte: „In den letzten Jahren haben sich Dinge eingerichtet, die ohne Beispiel in der Geschichte sind. Die Menschen zu beiden Seiten des Oceans und in allen Weltteilen sind zu der Erkenntnis ihrer Kameradschaft in der Einmütigkeit des Gedankens der Freiheit gekommen. Aufseits des Rheins, in Deutschland, in Polen und auch in Asien gibt es unerfüllte Probleme und vielleicht auch einige unerfüllbare darunter. Frankreich sieht noch immer an seiner Grenze, die ein drohendes und unerfüllbares Problem seiner Nachbarländer gegenüber. Wenn es ihnen allein gegenüberstehen müßt, dann wußt es auch dauernd bewußt sein. Aber nicht nur Frankreich, sondern auch die anderen Nationen der Welt müssen das Gleiche tun. Sie müssen einen Frieden aufrecht erhalten, um bereit zu stehen zum Eingreifen gegen jedes unrichtige Rechte. Die Herrscher der Welt haben zuviel an die Verzweigungen gedacht, die zwischen den Regierungen bestehen, und verloren die Vertrautheit zwischen den Völkern. Aber sie hätten das Glück der Männer und Frauen, die Sicherheit der Heimat bedenken müssen, sie hätten für das Glück der Völker sorgen müssen dadurch, daß sie die Heimat sicherten. Jetzt müßt man die Sicherheit schaffen. Wenn Frankreich oder irgend ein anderes Volk bedroht wird, muß die ganze Welt bereit stehen, im Frankreich oder dieses andere Volk zu verteidigen.“

Die Ausstellung der Türkei.

Die griechische Forderung, die Venizelos in der Pariser Konferenz vorgebrachten hat, sind so groß, daß sie selbst die französische Presse einigermaßen in Erstaunen versetzen. Sie erfreuten sich selbst auf Konstantinopel. Nach dem Lyoner „Progrès“ verlangt Venizelos Nordepirus, Thrakien und die Region von Konstantinopel, die Küsten des Ägäischen Meeres, die Balkanien 1913 erhalten hatte, die Mäla's von Balikeser und Adrin in Kleinasien, die Inseln des Dodekanes sowie Cypern. In der nächsten Sitzung wird Venizelos ein neues Exposé über die Fragen von Konstantinopel Smyrna und Trapezunt geben. In einem Artikel der „Humanité“ tritt Anatole France für den Anschluß der Hellenen Thrakiens und Kleinasiens an Griechenland ein. Über die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse im Orient veröffentlicht der Lyoner „Progrès“ folgende Information: Konstantinopel wird vielleicht Frankreich unterstellt werden, besonders für den Fall, daß wir Syrien nicht erhalten sollten.

Eine unverständliche

Alarminadridit.

Am 6. Februar ging durch die Zeitungen Polens eine Drahtnachricht der polnischen Telegraphenagentur, wonin es hieß, daß „in der Montagsitzung des Ministerrates (also am 3. Februar) der Entwurf eines Dekretes über die Schließung der deutschen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache angenommen worden sei“. Man ist in so bewegten Zeiten kaum an allenthalben Briefposten gewöhnt und auf Überraschungen aller Art gefaßt. Immerhin sagte sich der Zeitungsleiter ruhigeren Blutes, daß dies aufregende Nachricht sich schwer verständlich sei. Denn die Annahme des „Entwurfes eines Dekretes“ durch den Ministerrat würde bedeuten, daß dies Dekret, eine Verfügung als Alt der Regierung, vollende Tatsache sei und ihre Veröffentlichung unmittelbar bevorstehe. Hwarz ist es theoretisch noch immer denkbar, daß die Veröffentlichung in allernächster Zeit erfolgt, aber es wäre doch höchst sonderbar, wenn das Ministerium eine Maßregel von so erschütternder Wirkung gegen

etwa 600 000 polnischen Staatsbürgern kurz vor dem ersten Zusammentritt des Landtages ergreifen und damit die Willensentfernung der gesetzgebenden Körperschaft in einer so enorm wichtigen Angelegenheit eigenmächtig ausschalten würde. Um einen Gesetzentwurf für den Landtag, über den dieser zu befinden hätte, kann es sich auch nicht handeln, da der Landtag keine „Freiheit“ erhält. Ein Dekret ist unter allen Umständen eine Regierungshandlung. Der Landtag schafft Gesetze.

Wir wollen uns freilich auch keiner Täuschung hingeben. Es ist vor kein Zweifel, daß eine erledliche Anzahl patriotischer Schwärmer von besonderer Art eine Verfügung oder auch ein Gesetz beschließen würden, das dem deutschen Schulwesen in Polen mit einem Werk das Lebenslicht ausgieße. Kurzschlüssige Chauvinister gibt es, trotz der Erfahrungen des Weltkrieges, in allen Staaten und unter allen Völkern der Erde — auch in Polen. Noch fehlt uns aber der Beweis dafür, daß die neue polnische Regierung sich rücksichtslos zu solch unseriöser Nationaler Unzuverlässigkeit bekannt, und doch weniger wissen wir so nachteiliges über den jungen, kaum geborenen Landtag. Zu einer Staatstugendheit oder dem Gegenteil hat er noch kein Zeugnis abgelegt. Am heutigen Tage eben soll er sein erstes Lebenszeichen geben. Sollte er wirklich den Ehrengang haben, sich vor Europa und den übrigen Weltstaaten damit feierlich einzuführen, daß er seinen deutschsprachigen Bürgern einen Faustschlag versetzt? Diese Annahme wär' eine Peleidigung aller unserer Mitbürger polnischer Abstammung, die doch in den Landtag eine Auslese der Gebildeten unter ihren Volkskonsorten entsandten!

Allerdings, wir leben jetzt nicht grade in einer Welt politischer Sentimentalitäten. Wenn die Verschönerung des deutschen Schulwesens in Polen durch einen Gewaltstreik dem Polenland einen großen praktischen Dienst erweisen würde, so wäre es, wenn polnischen Standpunkt, schwerer zu entscheiden, ob man das Okum heriger Unrechtsfreiheit um des nationalen und staatlichen Gewinnes willen mit in Kauf nehmen sollte, oder ob Erzmägnen höhere Natur, die Nächtheit auf brüderliches Zusammenleben der Völker und auf die Kultursprüche auch der Minderheiten, dennoch den Ausschluß geben sollen. Über die Sache sieht in diesem Falle so, daß es vom polnischen Standpunkt die größte politische Tummel wäre, wenn die Deutschen in ihrer Gesamtheit auf dem ganzen Staatsgebiete Polens herantrete vor den Kopf gestoßen würden. Auch die Parteien unter ihnen und die Freiheiten würden aufgerüttelt werden und die Binden würden sehnend gemacht. Kein zuverlässigeres Mittel gäbe es, um unter den Deutschen Polens jenen Parteienunterschied verschwinden zu lassen und eine geschlossene Einheit herzustellen. Nicht nur das Verhältnis der Deutschen zu den Polen würde verschärft, was jeder aufrichtige Vaterlandsfreund tief beklagen müßte, sondern es könnte auch die Liebe und Achtung der Deutschen in Polen zu ihrem polnischen Vaterland schlechtherg auf eine härtere Probe gestellt werden.

Nein, wir denken viel zu hoch von der politischen Reise des polnischen Volkes und seiner Führer, als daß wir sie einer so auf der Hand liegenden politischen Unzulänglichkeit für fähig halten sollten. Immerhin hat die Alarminadridit in weiten Kreisen südlichen und ländlichen, nicht geringe Unruhe hervorgerufen. Die deutschen Bürger und Bauern Polens müßten ja völligem Euphorismus verfallen sein, wenn sie solcher Gesetz, sobald sie wirklich bestimmt, mit Gleichmut entgegensehen. Stufig müßte uns ja die weitere Nachricht machen, daß durch Beschluss des Warschauer Ministerrates in einem Lemberger „Regierungsgymnasium“ die deutsche Unterrichtssprache beseitigt und statt ihrer die polnische Unterrichtssprache eingeführt werden sei. Vielleicht handelt es sich aber hier um eine Anstalt, die vornehmlich von Schülern polnischer Muttersprache besucht wird. Auch die vom Schul-

rat der Stadt Lódz beantragte Entziehung der Unterstützung für das Deutsch-evang. Lehrerseminar stimmt bedenklich. Aber hierüber hat ja der Magistrat das letzte Wort zu sprechen, und wie haben vorerst noch keine zwingende Veranlassung, an der Besonnenheit und an der so erkannten Gesinnung der maßgebenden Männer in dieser Körperschaft zu zweifeln. Immerhin wäre zu wünschen, daß von zuständiger Stelle ein offiziell endes und beruhigendes Wort gesagt werde über die Fortsetzung der Schließung der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache. Eine Anfrage der deutschen Bevölkerung im Landtag dürfte solche Neuerung wesentlich beschleunigen; sie läge sehr im Interesse der Deutschen und der Polen.

1. Z.

Lofaleš.

Lódz, den 9. Februar.

5. Sonntag nach Epiphanias.

Das Himmelreich ist gleich einem Kindchen, das guten Samen auf seinen Körper setzt. Da aber die Leute schließen, sonder sie das Unkraut zwischen den Weizen, und gingen davon... Woher hat der Vater das Unkraut?... Wüßt du denn, daß wir hingehen, daß das Unkraut auslöschen? Er sprach: Nein, auf daß ich nicht ansiehe den Weizen austrockne, so ihr das Unkraut aussäet... Matth. 13, 24-30.

Das Evangelium des 5. Sonntags nach Epiphanias vom Unkraut unter den Weizen gibt Aufschluß über manche wichtige, den Menschen lebenswerte Frage. Da ist zunächst die Frage: Ist die Welt, ist der Mensch gut oder böse? Die Antwort lautete, besonders vor dem Kriege, einsatzweise: Die Welt ist gut; sie schreitet immer vorwärts; die Menschen werden immer besser; die Kultur hat eine solche Stufe erreicht, daß ein Krieg, ein roher, geradewälziger Krieg, daß eine Gesellschaft, in der Kasten, Münzen und Rufe herrscht, zu den unmöglichsten Dingen gehören. Andererseits sah man alles schwarz in schwarz; man sprach von zunehmender Bosheit und steigenden Lasten; man redete von einer Menschheit, die bei Gerichten entgegenseitig, von einer Welt, die dem Untergange geweiht ist. Welche Auschauung ist die richtige? Unsere Freunde lehren uns: Unkraut und Weizen sind gleichzeitig, nebeneinander, miteinander. Gewiß, das Unkraut ist unerwünscht; gewiß, es wird nur guter Samen gefäst, aber das Unkraut ist eben da. Gutes und Böses in der Welt, gute und böse Menschen auf Erden, gute und böse Triebe im Menschen sind, waren und werden immer vorhanden sein.

Eine zweite Frage beschäftigt den dergenden Menschen: woher das Böse in der Welt, in Menschen? Kommt es aus Gott? Aus dem Menschen selbst? Ist es abgeoren oder angelert? Hat das Böse seine Stätte im Menschen oder kommt es durch Beispiele zustande? Jesus antwortet: „das hat der Feind getan; als die Menschen schließen, säte er das Unkraut unter den Weizen!“ Der Feind, der als böse Feind, dessen satanisches Wesen und Wirken wir zwar nicht leugnen, jedoch nicht meidengen können; der böse Feind, dessen böse, teuflische Machenschaften wir nicht immer sehen und merken, jedoch in unserem Leibe ein Leben spüren und dessen schauerlichen Taten wir auf Erdenn immer wieder begegnen. Der böse Feind sät das Unkraut aus. Zu dem alten Sündenhang im Herzen des Menschen bringt er bei jeder Gelegenheit besondere Anschauungen. In des Kindes Seelen säte er Ungehorsam, Trotz, Heuchelei, Lüge. In das Herz des Kindes bringt er Leichtsinn, Trägheit, Lust. In des Mannes Leben schafft er Vertrauen auf eigene Kraft, Hochmut, Gottvergessenheit und in die Seele der Alten — Kleinmut, Unzufriedenheit, Eigennutz und Starrköpfigkeit.

„Ich glaube, sie hat nun fünf Kinder und denkt wohl an die Zeit zurück, wie an einen närrischen Frühlingstraum, den ich — ins Leben hinausspann...“ Wenn ich kam mit meiner Schwere von meiner ersten Liebe nicht mehr los und wurde darüber ein Einsamer. Schuld gebe ich ihr keine. Sie ertrug eben das, was das Schreckliche im Leben ist: das Warum aufs Glück nicht. —“

Hildebrand hatte sich wieder gesetzt. Und Weilguni rief:

„Aber man muß doch auf die Zukunft bauen!... Und golden muß sie jeder sehen... In seiner Zukunft auf sie, sich durch nichts eingeschlossen lassen!“

Hildebrand hatte sich erhoben und war langsam auf und ab gegangen. Jetzt folgte er mit den Blicken so lange einem Nachdringling bis er, gegen das Fenster schwiegend, im stärkeren Luftzug auszehrte. Dann wandte er sich wieder zu Weilguni.

„Auf daß man sich aber durch nichts beirren läßt, muß man eben in den Jahren, wo sich erst das wirkliche Leben vorbereitet, durch nichts gebunden, sondern völlig frei sein! Ich hatte mir die freie Wahl verschüttet und fand doch nichts als Tränen, bis... Nun bis das Leben mit seiner eisernen Härte doch wieder recht behielt: Das Mädel willigte in die Heirat. — — —“

Er schwieg. Und Weilguni schaute mit Rührung auf den Mann, dem seine Lebenshoffnung davongetragen war wie eine Seifenblase und der trotz seines verfehlten Herzens reicher an Sonne für seine Schüler war als viele andere...

Hildebrand hatte stumm eine Zigarette zu Ende geraucht. Dann brauste er wieder eine frische an und saß fort.

Noch eine Frage: Soll man das Unkraut ausjäten? Jesus rät dabei eine besondere Vorsicht anzuwenden: es könnte sonst leicht der gute Samen beschädigt werden. Einst aber kommt die Entscheidung, dann wird Unkraut und Weizen getrennt, dann werden die Guten von den Bösen getrennt werden.

Herr, gib, daß wir als treue Wächter das Unkraut ausjäten, daß wir „nicht schlafen“, damit der Feind nie Ungehorsam und Ungehorsam, Lüge und Lieblosigkeit und allerlei böses Gefühl auf unser Herzenseel streuen könnte.

Dr. Skalski — Medizinalinspektor. Das Ministerium für öffentliche Gesundheit ernannte Dr. Skalski, den bisherigen Kreisarzt für die Stadt Lódz, zum Medizinalinspektor für den Lódzer Bezirk mit dem Wohnsitz in Lódz. Dieser Bezirk umfaßt folgende Städte und Kreise: Brzeziny, Kalisz, Kolo, Konin, Kuyaw, Łask, Leczyca, Lódz, Pińczów, Radomsk, Sieradz, Słupca, Turek und Wieluń. Vorläufig wurden in Po en 2 Medizinalbezirke geschaffen: der Warschauer und der Lódzer, die Errichtung von 4 weiteren Bezirken ist vorgesehen.

Arbeiter Unterrichtskurse. Wie an dieser Stelle bereits mitgeteilt worden ist, veranstaltet der Deutsche Verein für deutsche Arbeiter einen nichtöffentlichen Unterrichtsausbau in deutscher und polnischer Sprache sowie im Rechnen. Der Unterricht wird stets in der kommenden Woche im evangelischen Lehrerseminar in der Evangelischen eröffnet. Der Unterricht in der polnischen Sprache findet jeden Dienstag und Donnerstag von 7-8 Uhr, in der deutschen an den gleichen Abenden von 8-9 Uhr und im Rahmen jeden Mittwoch und Freitag von 7-8 Uhr abends statt. Anmeldungen für alle drei Kategorien werden in der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins, Evangelische 5, entgegengenommen.

Für deutsche Österreicher. Die seinerzeit Beauftragten der Österreicher und Ungarn, die sich am 8. Januar zwecks Besprechung ihrer schwierigen Lage versammelt hatten, ersuchen hiermit alle ihre in Lódz und Umgebung wohnenden Landsleute, sich am Montag, den 10. d. M., um 4 Uhr nachmittags, im kleinen Saale des Münnergesangvereins, Petrisauer Straße 243, einzufinden zu wo ein behufs Erneuerungnahme des Vertrags über die Tätigkeit der Beauftragten. Pünktlichkeit und rege Beteiligung sind sehr erwünscht, insbesondere von Seiten derjenigen, die das Beilangen legen, nach der Heimat zu reisen. Der Saal steht uns unentgeltlich zur Verfügung.

Mädelervereinigung deutschsprechender körperlicher und geistiger Arbeitnehmer. Am Sonntag, den 9. d. M., um 8½ Uhr nachmittags findet im Saale des Lódzer Männergesangvereins, Petrisauer Straße 243, eine Vollversammlung der Vereinigung statt. Es liegt im Interesse aller, auch der Frauen, daß die Vermählung rechtlich verfügt wird, da wichtige Beschlüsse geahndet werden sollen. Verträge also niemand, die Versammlung zu besuchen!

Borrechte der Landtagsabgeordneten. Das Verkehrsministerium hat eine Verfügung erlassen, nach der Landtagsabgeordneten bei Vorstellung ihres Abgeordnetenausweises das Recht freier Fahrt und Vorrecht auf die Plätze in allen Personenwagen und Kästen zwischen ihrem Wahlbezirk und Warschau während der ganzen Dauer ihres Mandats geniesen. Für 100 Landtagsabgeordnete ist in Warschau, im Polytechnikum eine Herberge eingerichtet worden.

Von der St. Johannis-Kirche. Wie wir von zuvor äußerster Seite erfahren, hat sich für die vakante Stelle des Pastor-Diakonus an der St. Johannis-Kirche auch Pastor Gerhard gemeldet.

Vor den Stadtratswahlen. Morgen, um 5 Uhr nachmittags findet im Gerichtsgebäude, Paniskastrasse 115, eine Informationsversammlung

Von der heißen Atem einer Sommernacht alle über den Haufen blies...

Eines Abends sagte ihm Trapp ganz unvermittelt:

„Jetzt werde ich bald auf einer Millionärs-Hochzeit tanzen. Meine Cousine heiratet einen Amerikaner.“

Weilguni starre ihn überrascht an.

„Ist denn ihr Mann gestorben?“

Trapp lachte hell auf.

„Hält ihm gar nicht ein. — Er ist böse King!“

„King...?“ wiederholte Weilguni und machte dabei ein Gesicht, so grenzenlos verwundert und kindlich hilflos, daß den weiterfahrenden Trapp ein sörmlicher Lachkrampf überfiel, von dem er sich nur langsam erholte.

Endlich sieß er mühsam heraus:

„Na ja, die Elena hat halt das Verhältnis, sich zu verändern... Gar so verwunderlich, sagt mein Papa, ist es ja am Ende nicht... Solch ein junges, heisstiges Ding und... Na ja... Ihr läufiger Mann ist steinreich! — Es braucht ihr also nichts daran zu liegen, wenn sie ihr einstiges Heiratsgut ihrem Verlobten zurücklassen muss, der sie dafür frei gibt und in die Scheidung willigt.“

„Das begreife ich nicht!... Das ist mir ganz unverständlich!... Wenn er sie doch gern hat!... Denn er hat sie ja geheiratet!“

Trapp zuckte so solch bodenloser Naivität mühsig die Achseln.

„Du wirst ew'g ein Kind bleiben!“

Und mit sachlich überreifer Ruhe fuhr er fort: „Wie man nur deshalb Freundschaften schließt, um gesellschaftliche oder geschäftliche Förderung zu finden, so heiraten doch die Menschen auch nur der Kapitalvermehrung wegen.“

Geschwiegung folgt.

der Vorsitzenden der Orts-Wahlkommissionen in Sachen der Stimmenabgabe statt.

Eine neue deutsche Partei.

Am Freitag abend fand im kleinen Saale des Wahlverbandes in der Petrikower Straße 243 eine Vorwahlversammlung für die Stadtverordnetenwahlen der vor einigen Tagen in unserer Stadt geplanten „Deutschen Demokratischen Partei“ statt. Antritt zu dieser Versammlung hatten nur geladene Damen und Herren aus dem Mittelstand unserer deutschen Gesellschaft.

Die Sitzung wurde um 5 Uhr, im Namen des Wahlausschusses, von Herrn G. Habermann eröffnet, der den Anwesenden mitteilte, daß der Wahlausschuss aus seiner Mitte Herrn Wende zu seinem Vorsitzenden gewählt habe. Herr Habermann ersuchte die Versammlung, diese Wahl durch Erheben von den Szenen zu billigen. Nachher übernahm Herr Wende den Vorsitz in der Versammlung.

Die Tagesordnung umfaßte: 1) Bestätigung der Wahl des Vorsitzenden; 2) Bestätigung der Bezeichnung der Partei; 3) Verlesung des Programms der Partei und 4) Aufstellung der Kandidatenliste.

Der Vorsitzende gab eine längere Erklärung über die Benennung der Partei. Der Name soll nicht nur für die ganze Stadt, sondern auch für das ganze Land richtig sein. Wie jedes Geschäft, das seine Spezialität kennzeichnet will, ein entsprechendes Aushängeschild besitzt, so muß auch die neue Partei ihr eigenes Schild haben, das sie näher kennzeichnet. Man wäre anfänglich für den Namen „Deutsche Demokratische Partei“ gewesen. Diese Benennung sei jedoch nicht die richtige. Sie könnte zu Missverständnissen führen und entspreche nicht den Tatsachen, welche zur Gründung der Partei geführt haben. Die Partei wolle das hiesige Deutschland von den Schläcken säubern, mit welchen es durch die ungeliebte Politik Unberufener verunreinigt worden ist, und betrachte sich daher auch höher stehend, als die anderen deutschen Parteien. Sie wolle selbstständig auftreten und ihren Platz selbst zuschreiben. Daher sei man nach längerer Beratung im Wahlausschuß übereingekommen, ihr die Benennung „Partei der deutsch-polnischen Demokraten“ zu geben.

Der Vorsitzende eröffnete nun die Debatte über den neuen Namen. Herr Habermann erklärte, die Partei solle der wahren Sache gerecht werden.

Sie will eine Versöhnung zwischen beiden Nationen, den hiesigen Deutschen und Polen, herbeiführen, weil die ersten durch die unbesiegte Handlungswelt Einzelner falsch verdächtigt und beurteilt werden können. Sie sieht mit beiden Füßen in Polen und nicht mit dem einen in diesem Lande und mit dem anderen jenseits der schwarz-weiß-roten Grenze. Sie ist für deutschen Nationalismus und für Patriotismus nicht zu haben. Nach längerer Aussprache wurde die vorgeschlagene Benennung einstimmig angenommen.

In Erledigung des 3. Punktes der Tagesordnung wurde das Programm der Partei in seinen Grundzügen verlesen. Es sieht unter anderem den Schutz der Arbeiter und Arbeitslosen, den Schutz der Lebensinteressen der arbeitenden Klasse, wie die Errichtung gesunder Wohnungen, die Förderung des Bildungswesens in unserer Stadt, eine gefundene städtische Finanz- und Steuerpolitik und die Hebung der Industrie vor. Auch über das Programm entsteht eine lebhafte Ausprache. Herr Landtagsabgeordneter Spickermann findet, daß im Programm der Staat erhaltenen Mitteln und Handwerkern zu wenig berücksichtigt worden ist. Für den Handwerkstand müßten technische Fortbildungsschulen geschaffen, das städtische Verkehrsweisen müßte weiter ausgebaut werden. Die Tramwaylinien sind zu kurz. Für das städtische Wohl sei noch sehr viel zu schaffen. Die Fabriken befinden sich zum größten Teil im Zentrum der Stadt. Die Arbeitervölker müssen teuren und schlechten Wohnungsvorhaben wegen zum großen Teil in den Vororten wohnen und kann wegen des schlechten Verkehrswesens ihre Arbeitsplätze nur schlecht erreichen. Nach dem Ausbau des Straßenbahnsystems werde man zur Ansiedlung von Gartenstäden innerhalb der Stadt schreiten können. Besonders schlecht stände es mit den sanitären Verhältnissen in Lodz. Daher werden in erster Linie die Arbeiten zur Schaffung von Kanalisation und Wasserleitung in Angriff genommen werden müssen.

Herr Dresing tritt für die Erhaltung der deutschen städtischen Schulen ein. Es wurde beschlossen, die aufführende Kommission mit der näheren Ausarbeitung des Programms zu betrauen.

Vom Vorsitzenden wurde hierauf eine Entschließung der Partei verlesen, über die abgestimmt wurde. Sie fand aber Gegner und mußte eine neue Fassung erhalten. Nach langer Debatte wurde sie in der nachstehenden Form angenommen:

„Wir betrachten und deklarieren uns als vollgültige lokale Bürger des polnischen Staates und verlangen von ihm als solche anerkannt und behandelt zu werden, mit allen ehemaligen polnischen Staatsbürgern uneingeschränkt zusammengehörigen Rechten und Pflichten. Gleichzeitig erklären wir mit allein Nachdruck, daß wir nichts gemeinsam haben mit allen Personen, die es sich angemacht haben, im Laufe der Okkupationszeit im Namen der hiesigen Deutschen aufzuspielen und zu wirken, zum Schaden des guten Einvernehmens mit unseren Mitbürgern. Als Kennzeichen des Unterschiedes zwischen unseren Gefühlungen und Sichtungen haben wir einstimmig beschlossen, für uns folgenden Namen anzunehmen: „Partei deutsch-polnischer Demokraten“.

Es wurde nun zur Erledigung des letzten Punktes der Tagesordnung geschritten. Da die

Die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung.

Dr. David zum Präsidenten gewählt.

Ende in der verflossenen Nacht ging uns über noch in den Ententestaaten. Sie sind geistig fahm und zu jeder Arbeit unfähig. Diese Tatsache sei ein Beweis dafür, daß der Geist der Einigkeit fehlt.

Kurz vor Beginn der Sitzung versammeln sich Gruppen von Abgeordneten im Saal. Besonders Aufmerksamkeit erregt die weiblichen Abgeordneten. Am Regierungssitz nehmen alle Volkskommunisten, Minister und Regierungsvertreter Platz. Die Frauen sind vom Publikum und Pressevertretern überfüllt. Der Platz des Präsidenten ist nicht besetzt.

Unter lauem Schweigen eröffnet

Wahlbearbeiter Ebert

die Sitzung. Er begrüßt die Versammlung und erklärt, daß die provisorische Regierung ihre Mandate, die sie der Revolution verdanke, in die Hände der Nationalversammlung lege. Als Ebert sagt, daß mit den Königen und Fürsten von Gottes Gnaden die Rechnung abgeschlossen sei, kamen von den Rechten fürstliche Proteste, die Beifall sandten.

Die ganze Verantwortlichkeit für die Not, die das deutsche Volk zu erleiden hat, läßt Ebert auf die falsche Politik der früheren Regierung und den Leichnam des Heerführers, die Revolution sei für die gegenwärtige Not nicht verantwortlich.

Ebert protestiert dagegen, daß das deutsche Volk Jahr lang Sklaven an anderer Stätte sein soll. Neben 800 000 Gefangenen, so fährt er fort, befinden sich

Aufstellung der einzelnen Kandidaten auf große Meinungsverschiedenheit gestoßen und zu viel Zeit in Anspruch genommen hätte, entzogt man sich aus der Mitte der Anwesenden einzelne Delegationen, und zwar aus der Reihe der technischen Angestellten, der Handwerker, der Kaufleute, des Lehrerstandes und der Kaufmannschaft zu bestimmen, die in einer besonderen Sitzung die Kandidatenliste aufstellen und diese in der demnächst abzuhaltenen Vollversammlung der Partei zur Bestätigung unterbreiten soll.

Herr Landtagsabgeordneter Spickermann verabschiedete sich nun von der Versammlung, um sich am darauffolgenden Tage zur Teilnahme an den Sitzungen des Landtags nach Warschau zu begeben. Er versicherte, daß er die Interessen aller deutschen Handwerker, Angestellten und Arbeiter im Landtag vertreten werde und bat, ihm nicht in Sicht zu lassen, sondern nach Kräften zu unterstützen. Der Vorsitzende wünschte im Namen der Partei zu diesem Vorhaben den besten Erfolg, worauf die Sitzung gegen 9 Uhr geschlossen wurde.

Die ehemaligen deutschen Polizisten und Beamten werden hierdurch erlaubt, auf Besuch der Generalversammlung je eine Marke zur Reise der Abordnung nach Berlin beizusteuern. Das Geld ist bei den Vertrauensleuten oder Delegierten zu hinterlegen.

Der Frost, der seit einiger Zeit anhält, zeigt keine Neigung abzuhnhen. Im Geiste — er verstärkt sich noch. Gestern in den Vormittagstunden zeigte der Kältemesser 9 Grad R.

Vom Christlichen Wohltätigkeitsverein. Am Freitag abend fand unter dem Vorsitz des Herrn Pastor Gundlach eine Sitzung des Verwaltungsrates des Vereins statt, in welcher folgende Angelegenheiten erledigt wurden: Auf Antrag des Komitees der Kinderheime wurde beschlossen, das Gehalt den Fröbelerstandes bis auf 120 M. monatlich zu erhöhen. Dem Anna-Maria-Hospital wird der Rest des ihm zufallenden Zuflusses in der Höhe von 5000 M. bis April ausgeschüttet werden. Aus Mangel an Mitteln wurde das Gesuch des Komitees des 3. Kinderheims um Erhöhung des Zuflusses auf 2000 M. monatlich abgelehnt. Dem Komitee wurde anheimgestellt, beim Ministerium für öffentliche Gewerbe um einen Zufluss vorstellig zu werden. Der Verwaltung des Lehrerinnenheims wurde zur Unterstützung armer Lehrerinnen 120 M. zugewiesen. Auf Antrag des Komitees der Hilfsanstalt „Kochanowska“ wurde im Grundsatz beschlossen, um die Verstaatlichung dieser Anstalt an zuständiger Stelle nachzuforschen. Der Hauptanspruch des Vereins ist zum Anlauf von 5000 Mbl. Staatsanleihe aus den Mitteln des eisernen Kons. bevolkungsmäßig worden. Zum Schlusse der Sitzung wurde ein Schreiben der Verwaltung des Anna-Maria-Hospitals zur Kenntnis genommen, wonach die Forderungen des Spitalpersonals berücksichtigt worden sind. Dem niederen Dienstpersonal wurde das Monatsgehalt bis auf 75 M. im Durchschnitt, den Pflegefrauen bis 135 M. (in der Abteilung für ansteckende Krankheiten bis 165 M.) erhöht. Die Gehaltsverhöhung des höheren Personals beträgt 50 Prozent. Die Gehaltsverhöhung und Gleidstellung der Verpflichtung des Dienstpersonals mit der der Pflegerinnen wird gegen 100 000 M. jährlich betragen. Aus diesem Anlaß wurde das Anna-Maria-Hospital beim Magistrat um Erhöhung des Krankenzuschlags vorstellig.

Arbeitsfürsorge. Der Delegierte des Ministeriums für Arbeit und Soziale Fürsorge R. Kießebach, gibt im Angriffe dieser Ausgabe bekannt, daß er zum Antritt der Leitung einer Hilfsaktion für die arbeitslosen Fabrikarbeiter in den Kreisen Lodz, Plock, Brzeziny und der Stadt Działdowo sich in Lodz niedergelassen habe. Sein Büro wird sich bis zum 18. Februar in der Pansastrasse 115, vom 18. Februar in der Olszakstrasse 72 befinden. Empfangsstunden täglich von 12—1 Uhr morgens.

Es wurde nun zur Erledigung des letzten Punktes der Tagesordnung geschritten. Da die

Posen, 8. Februar. (P. A. T.) Der Posener Gerichtsgericht vom 8. Februar lautet:

Nordgruppe: Zwischen Wiersz-Joslawice und Antonin zog sich der Feind auf seine Hauptstellungen zurück. Im Flughafen der Reihe (südlich von Nakel) waren wir den Feind nach erlittenen Kampf hinter die Linie Chobielin-Bieczki-Kwaterel-Sipcorz-Kowalewko zurück. Wir nahmen 2 Geschütze und eine Menge Munition. Nördlich von Budyn brach ein starker feindlicher Angriff, unterstützt von Panzerautomobilen, vor uns Linien zusammen. Wir erbeuteten dabei ein Panzerauto und 2 Maschinengewehre. Der feindliche Angriff auf Nosko wurde blutig abgeschlagen.

Weißgruppe: Nach vierstündigem artilleristischer Vorbereitung wurde von bedeutenden sämtlichen Kräften Kulm angegriffen. Sie wurden jedoch in einem Gegenangriff wieder hinausgeworfen, wobei ein Offizier und mehrere Männer gefangen genommen und 8 Maschinengewehre und einige hundert Gewehre erbeutet wurden. Der Feind ließ 40 Tote zurück. Auf der Verfolgung des Feindes besetzten wir Aleksandrowo und Bielone Chojny.

Bissauer Gruppe: Der Vorstoß auf Kamionna wurde ebenfalls blutig abgewiesen. Die deutsche Artillerie besiegte Lomica und Neuhof. Bei Babimosten Vorpommern stand und schwache Tätigkeit der deutschen Artillerie. Unser Artilleriefeuer brachte die deutschen Batterien zum Schweigen und zwang sie zur Verlassen der Stellungen.

Südgruppe: Der von einem Panzerzug unterstützte deutsche Angriff auf Rawicz wurde aufgehalten. Sarnów wurde von uns geräumt. Wir bezogen die alten Stellungen. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Korsanty's Abreise nach Warschau.

Posen, 8. Februar. (P. A. T.) Der Erzbischof Dulbor, Abgeordneter Korsanty, Geistlicher Poszwinjski und Dr. Szczyda sind heute um 11 Uhr morgens nach Warschau abgereist, wo sie um 7 Uhr abends eintreffen werden.

Gerard in Berlin.

Berlin, 8. Februar. (P. A. T.) Hier ist eine amerikanische Kommission zum Studium der politischen und Wirtschaftsfragen in Deutschland eingetroffen, an deren Spitze der ehemalige amerikanische Botschafter Gerard steht.

Streikwälle in Kiel.

Kiel, 8. Februar. (P. A. T.) Hier sind 2000 Arbeiter in den Aufland getreten. Die Streikenden zogen zu den Kasernen und vor die Wohnung des Gouverneurs und verlangten Waffen. Es kam zu einer Schießerei, wobei 6 Arbeiter getötet und 12 verwundet wurden. Abends beschlossen die Arbeiter den Generalstreik. Der Kieler Bahnhof ist von Truppen besetzt.

Aufland will verhandeln.

Paris, 8. Februar. (P. A. T.) Tschißlerin hat durch Funksprach an die Entente mitgeteilt, daß die Sovjetregierung bereit sei, an der Konferenz auf der Prinzeninsel teilzunehmen.

Die Wirren in Portugal.

Paris, 8. Februar. (P. A. T.) Hier wird geschrieben: Gestern aus Lissabon: In Massia, wo starke monarchistische Kräfte versammelt sind, wurde die Monarchie ausgerufen. Anfolge der Wirren in Nordportugal herrscht in Lissabon Hungersnot.

30 Milliarden für Belgien.

Amsterdam, 8. Februar. (P. A. T.) Der belgische Ministerpräsident hat von der Entente 30 Milliarden (?) als Anzahlung auf die Kriegsschädigung erhalten.

Warschauer Börse.

	8. Februar	7. Februar
5% Wobl. der	181.50—182.00	179.75—180.00
Barth. Kred.-Gef.	183.50—183.75	50—75—181
100 Kbl.-Scheine	184	—
500 Kbl.-Scheine	131.50—130.50	132—131.50—00
	25.00—29.75	130.75—50
Tumorebil.	50—00—50	—
Kronen	90—89	81.50—00—80.50
	53.35—40—45	53—45—40—35
	50—55—60	—30

Herausgeber und Verantwortlicher Schriftsteller:

Hans Krieger, Lodz.

Thalia - Theater

Direktion: F. Wohlfahrt. Sonntag, den 9. Februar 1919: Nachmittags 3 Uhr. 5 Einheitspreise! Zum letzten Mal!

„Die Ehre“

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Nochzeitungspreise!

Abends 7 Uhr. 4. Wiederholung!

„Die Reise um die Erde in 40 Tagen“

Großes Ausstattungsstück mit Tanz und Gesang in 14 Bildern nach Jules Verne, von Walter Wohlfahrt.

Montag, den 10. Februar 1919:

Abends 7 Uhr. 5 Einheitspreise. Zum letzten Male!

„Torae.“

Schauspiel in 5 Akten von Henry Bernstein. Das Willkürvorberaus steht einen Tag vor der Betreffenden Aufführung statt.

Ogłoszenie.

Pożaję do władz publicznej, że z dniem dzisiejszym rozpoczynam w Łodzi urzęduowanie w charakterze Delegata Ministerstwa Pracy i Opieki Społecznej na okręg łódzki celem prowadzenia akcji niesienia pomocy dla bezrobotnych fabrycznych w powiatach łódzkim, łaskim, brzezińskiem i w mieście Ozorkowie.

Biuro moje mieścić się będzie do dnia 18-go b. m. w m. Łodzi przy ulicy Pańskiej 115, zaś od dnia 18-go przy ulicy Długiej Nr. 72.

Godziny przyjęć codziennie od 10-sj do 1.0j rano.

Delegat Ministerstwa Pracy i Opieki Społecznej

R. Izdebski.

Konzerndirektion Alfred Strauch

Konzerthaus.
Donnerstag, den 12. Februar, abends 8 1/4 Uhr:
Einiger Klavier-Abend

Karol SZRETER

Programm: Beethoven, Sonate A-dur op. 26.
Czotek Scherzo Cis-moll. Etude op. 10. Po-
lonaise A-dur. Tarmonka Al. Preludium
G-dur und A-dur. Intermezzo. Rachmaninoff
Preludium G-dur. Striabin Etude palla. Sto-
szek, Drei polnische Tänze (zum ersten Male
in Łodz).

Karten v. Mr. 1.50 bis Mr. 10 sind in der Kellihä-
use von Alfred Strauch, Zielna-Str. 12, zu haben



In Kürze die hervorragendsten, durch das
französisch-polnische Komitee in Paris
empfohlenen polnisch-französischen Filmen



Die Sieger im Weltkriege

Kinematographische Original-Aufnahmen
in 4 Teilen des franz. General-Stabes.

General Haller

Die polnischen Truppen in Frankreich im
Kampfe um die Unabhängigkeit Polens.

Kinematographische Original-Aufnahmen
in 2 Teilen des franz. General-Stabes.

Eisenbahnerversammlung.

Die ehemaligen Eisenbahner zur Okupations-
zeit in Bresl-Litowek werden zu einer in der Karola-
Straße 14 stattfindenden Versammlung eingeladen. Die
Versammlung wird am 11. des I. Mts., um 11 Uhr vorm.
stattfinden. Einschreibungen werden in demselben Lokale bis
zum 13. Februar entgegenommen. Es wird gebeten, bei
der Einschreibung persönliche Ausweise mitzubringen.

Dr. H. Schuhmacher
Haut- und venerische Krankheiten.
Empfängt von 4—7 Uhr abends,
an Sonn- und Feiertagen
von 11—1 Uhr mittags
Benedyktenstraße Nr. 1.

Dr. S. Kantor

Spezialarzt
It. Haut- u. venerische Krankthe ter
Bettstraße Nr. 144.
Gede der Evangelischen Straße
Behandlung mit Mittelgußen und
Dauerlicht (Heißausfall). Elektrische
Wärmehäder. Frauenempi. von
1—2 u. v. 5—6, i. Tomen v. 5—6.

Dr. med.

H. Roschaner

Spezialarzt für Haut-
u. Geschlechtskrankheiten

Zielna-Strasse Nr. 9.

Dreifach. v. 8—11. von 5—8 Uhr

Damen von 4—5 Uhr. 213

Wiener Zahnärztliche Klinik, Nawrotstr. 4

Zahnärzten, Nervenärzten und Jähnen
heilen durch Anwendung von alteren Mitteln
— zu sehr billigen Preisen. —
Porzellan-, Goldketten und fäustliche Zahne
nach den neuesten Systemen.

Lodzter Zentral-Zahnklinik

Petrikauer Straße 26

Empfängt Zahlfrauen v. 9—8 Uhr. Schmerzlose Behandlung.

Kunst-Weberei

Es werden in Herren-, Damen-
Militärsiedlungen und sämtlichen
Waren Löcher aller Art
unterbar künstlich verarbeitet.
Wohnt jetzt Lipowastraße 38
Gede Benedykta Batterie,
Front, Wohnung 2. 512

Seife

Nr. 1 zu Mr. 2 — das Pfund, zu auch Seife Nr. 2 Mr. 4.50.
kleine, Tüte, Stärke und Lichte (Kerzen). Anwerbung
bis 15. Februar, nur das Seifenfabrik Geschäft

Drucker, Nowomiejska Nr. 10, in der Hölle, Laden Nr. 3.
!! Bitte sich zu überzeugen!! 523

6 Verse von Lied gelegere

Landwirtschaft

mit kompl. Einrichtung aus 15 Morgen Land, davon 1 1/2 M.
Wiese und Erlenwald, 2 Morgen guttrag. Obstgarten.

2 Pferde und Mindyck, kostet, preiswert zu verkaufen.

Ausland eröfft J. Rode, Odrodowostrasse 58.

Hebamme

O. RENZ

Andreasstraße 10.
Diplomiert vom Petrikauer
Institut, mit 20-jähriger Praxis.
Empf. täglich von 9—12 vorm.
und von 2—6 nachm. Arme un-
entgegnet.

Büllständige

Ausbildung

zum perfekten Buchhalter
zur perfekten Buchhalterin
Privat-handelschule

von
Frau Minna Buchholz
Przejazd-Straße Nr. 20, II.
= Lehrgangsstelle:
Doppelte Buchführung,
Handelsrechnung,
Handelskorrespondenz,
Stenographie,
Maschinenrechnen.

Fortsetzung Rettenschiff

Für 7 Mr. mit prima

Seifstift fig und fertig die Seife
Institut „Ersag“ Petrikauer
Straße 189. Front, 1 Treppe.
Dort elbst fertige Schuhe zu
Fabrikpreisen. 518

Nehme an zum Glüden

(Tambourieren), Kleider, Blumen,
Käse u. Ähn. Dafür werden
Tüll-Gardinen, Gitter, Bettdecken
noch Möb angefertigt. Petrikauer
Str. 11, 4. Et., 1. G., B. 24.

Kunsthonig

er östlich in der alten Fabrik
Ratze, Gzwart Wodawill,
Palnocna 10.

Alte Münzen

und Münzensammlung für
Anfänger. Duga 103, B. 11.

Ein Loft

zu vermieten Ecke Grünes u.
Langestraße 57. Geeignet für
Restaurant, Kaffee auch für
Lager. Zu erhaben bei
A. Taksin, Rosziki-Wie 41,
Unte Offizine. patente. 531

Landwirtschaft

Actuorum, auch Kaufmännisch
läng gewesen, 24 Jahre alt, such
Stellung als Wirtschaftsgehilfe
oder Verwalter eines kleinen
Gutes Angebote unter „E. W.
100“ an die Exped. G. Bl. erbeten.

Bruno Buchholz,

Przejazdstraße 20, II.

Fr. 100,-

Young Mann

(Ort), 27 Jahre alt, ledig, sucht
Stellung als Gutsverwalter
oder deinen Gehilfe War einige
Jahre auf eigenem Gute tätig und
längere Zeit in Deutschland. Adresse
Bobianice, Duga-Straße, Bier-
halle Hamann. 484

Young Mann

Ort, 27 Jahre alt, ledig, sucht
Stellung als Gutsverwalter
oder deinen Gehilfe War einige
Jahre auf eigenem Gute tätig und
längere Zeit in Deutschland. Adresse
Bobianice, Duga-Straße, Bier-
halle Hamann. 484

Schlafzimmer

Girrichtung
Aufholz poliert, breitwert ab-
zugeben. Näch. Przedzaliniana-
Straße 57 beim Wächer. 515

Möbel

aus 3 Rinnem und Küche ab-
treihalber im ganzen oder einzeln
möglich zu verkaufen. Neuer Möbel
verkaufe auch verschiedenes Haus-
gerat, Gastronen, Bilder, Lampen,
Kinderwagen u. M. Karolewska-
Straße Nr. 41, 1. Stock. 503

Ottomane und

Wiegestuhl
zu verkaufen. Petrikauer
Straße 203, 1. Etage. 493

Zu erhaben von 12—2 Uhr nachm.

Mode bezdziecne

malżenstwo
poszukuje od zaraz umblowana
dwa pokój z kuchnią
ewent. 1 pokój z kuchnią w cen-
trum miasta. Of. Lipowa 36,
m. 2, róg Benedykta. 489

Heirat.

Wegen Mangels an Damen-
bekanntheit sucht ein im besten
Stand, lebend, tüchtiger
Kaufmann, Christ, von angenehmem
Aussehen, gebildet, die Bekann-
theit einer düstrialistisch ergotzigen,
müssigsten Dame mit Vermögen,
nicht über 35 Jahre alt. Anrechte
mit Bild sind unter „E. N. G.“
in der Wirtschaftsgehilfe wie
zu richten. Anonym zwellos.
Distanz Ehrensache.

Heirat.

Wegen Mangels an Damen-
bekanntheit sucht ein im besten
Stand, lebend, tüchtiger
Kaufmann, Christ, von angenehmem
Aussehen, gebildet, die Bekann-
theit einer düstrialistisch ergotzigen,
müssigsten Dame mit Vermögen,
nicht über 35 Jahre alt. Anrechte
mit Bild sind unter „E. N. G.“
in der Wirtschaftsgehilfe wie
zu richten. Anonym zwellos.
Distanz Ehrensache.

Paszport

na im S. C. Grossmann,
zaguliono. Proszę o zwrot Ale-
ksandrowaka 24 22.

Lodzter Lehranstalt für prakt. Handelsfunde

Polnische und deutsche
Dopp. Buchführung: Genographie, Korrespondenz,
Gebärdereich, Maschinen, Haushalttechnik,
Bankbetrieb, Schreiben, Schönschrift.
= Polnisch, Deutsch, Englisch, Französisch.

Elektrotechnische Kurse
des Elektroingenieurs W. Hecht, Lodz, Neue Targowicka 9,
eintrichten täglich von 2—7 Uhr nachmittags.
Jeder kann in kurzer Zeit Elektromonteur ev. Dreher werden.
Möglichkeit Reparaturen.
Nehme an Elektromotorren-Reparaturen.

Dr. Ludwig Falk

Spezialarzt für Haut-
und Geschlechtskrankheiten.

empf. v. 10—12 u. 5—7 Uhr nachm.

Nowrot-Straße 7.

Erste

Christl. Heilanstalt

für Jahn- u. Mund rotte.

Cleakiewiczstraße 82.

Homöopathische Behandlung.

478 G. Gutzmann.

Bahn-Arztl. Gew.

Langjähriger Assistent der Lodzter

Zahnärztlichen Klinik.

Zieglerstraße 36 (Ecke Petrikauer)

empfängt täglich v. 10—11 u. 5—7 Uhr.

Nahezu u. Tiereingang v. 10—12 Uhr.

Dr. med. S. Lew

Langjähriger Assistent der Lodzter

Zahnärztlichen Klinik.

Zieglerstraße 36 (Ecke Petrikauer)

empfängt täglich v. 10—11 u. 5—7 Uhr.

Nahezu u. Tiereingang v. 10—12 Uhr.

Die Schuld am Kriege.

Diskussion auf der Verner Konferenz.

Die Frage, wer die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges trage, beschäftigte die internationale Sozialisten Konferenz. Die Debatte zog sich herart in die Länge, daß von englischer Seite Protest gegen die Verschiebung der Debatte erhoben wurde.

Am Schlus der Sitzung ließen die berlischen Mehrheitssozialisten folgende Resolution überreichen:

"Zur Frage der Schuld am Kriege hat die Delegation der deutschen Sozialdemokratie (Mehrheitsresolution) folgendes zu erklären: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß der Weltkrieg im allgemeinen eine Folge der imperialistischen Politik des vergangenen Jahrhunders ist. Doch erkennt sie gleichzeitig die Verpflichtung an, diejenigen Vorgänge festzustellen, die unmittelbar das vierjährige Völkermordens verursacht haben. Diese sind in erster Linie das österreichische Ultimatum an Serbien, die allgemeine russische Mobilisierung und die darauf erfolgte Kriegserklärung Deutschlands an Russland und Frankreich. Wie lehnen jede Verantwortung für den Ausbruch und die Führung des Krieges ab. Wir haben den Krieg nicht sowohl unrichtig geführt. Damit die sozialdemokratische Partei Deutschlands die restlose Auflösung dieser Vorgänge, wie sie die russische Sovjetregierung begonnen hat, und wie sie die sozialistische Regierung der deutschen Republik sofort nach der Revolution erklärt hat, die den Krieg betreffenden Dokumente auszuhören zu prüfen und zu veröffentlichen. Wir erwarten aber auch von den Parteigenossen aller übrigen kriegsführenden Länder, daß sie von ihren Regierungen das gleiche Vorgehen verlangen, damit die Schuldfrage in ihrer ganzen Ausdehnung gellärt werde. Die deutsche Sozialdemokratie ist während des ganzen Krieges für einen Frieden der Versöhnung und der Versöhnung der Völker eingetreten und wurde deshalb von den aldbürgischen Kriegsgegnern und den Annexionisten auf das schärfste angegriffen. Die Delegation der deutschen sozialdemokratischen Partei behält, daß der Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien einen Völkerrechtsbruch darstellt und alle Versuche, den Einfall der deutschen Truppen in Belgien nachträglich durch die Salbung der belgischen Regierung zu rechtfertigen, als mißlungen zu betrachten sind. Sie wiederholt die von der sozialistischen Regierung Deutschlands abgegebene Erklärung, daß sie sich in bezug auf die Wiederherstellung Belgiens auf den Boden der Willensforderungen stellt. Die deutsche Sozialdemokratie wird mit allen Mitteln jene Maßnahmen fordern, die in der zu gründenden Gesellschaft vor allem den kleinen Nationen die volle Unabhängigkeit und Sicherheit gewährleisten soll. Die Partei hat volles Verständnis für die durch den Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien und in der ganzen Welt erzeugten Stimmung. Sie denkt nur mit schmerlichem Bedauern an die schweren Leiden, die das Krieg unschulige belästige Volk während mehr als vier Jahren zu erdulden hatte. Die junge deutsche Republik hat seinerlei Grund, auch nur irgend jemand zu schonen, wenn die Schuld an der Entfesselung des Völkermordens festgestellt werden kann. Die deutsche Sozialdemokratie wird ihren ganzen Einfluss ausüben, damit die Verantwortlichen voll zur Verantwortung gezwungen werden."

Auf Vorschlag von Branting wurde diese Resolution zusammen mit der Resolution Thomas,

die Frage der Verantwortlichkeit mit der Frage der Mithilfe verbunden, einer Kommission übergeben, die aus zwei noch zu ernennenden englischen Mitgliedern, aus der deutschen Mitgliedern Wels und Eisner, den französischen Mitgliedern Renaudel und Longuet, dem österreichischen Elsenbogen und dem Tschechen Neuwirth bestehen soll. Auf die Anfrage: "Wer wurde es lärt, daß die aus den Kommissionssitzungen hervorgehende Endlösung nicht obne vorhergehende Generaldebatte angenommen werden soll.

Die Kriegsentschädigungsfrage.

Dr. Friedrich Herz, ein Schweizer, schreibt in der "Neuen Zürcher Zeitung":

"Nun, die ers England herüberschaffen, stellen einen strenger, aber auch starker gerechten Frieden in Aussicht. Diesen zwei Forderungen soll vor allem eine Kriegsentschädigung dienen, die Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit auferlegt werden soll. Eine gewisse Erhöhung, soweit sie aus den Wilsonschen Prinzipien abgeleitet werden kann, erkennt ja auch Deutschland an. Auch wurde stets ein Unterschied gemacht zwischen einer eigentlichen Kriegsentschädigung und der Verdrückung von Schäden, die Privaten an Leib und Gut völkerrechtswidrig zugesetzt wurden. Selbst wenn die Staaten auf Kriegsentschädigungen verzichten, würden doch die leichteren Verluste meist verübt. Offenbar fällt auch die Wiederherstellung Belgien und Nordfrankreichs in diese bevorzugte Kategorie, denn diese Verwüstungen waren die Folge eines beispiellosen Rechtsbruches. Hinter mögen noch gewisse andere Kriegsschäden hierher gezählt werden.

Anders liegt die Frage einer allgemeinen Kriegsentschädigung. In diesem Falle wird zwar auch die strenge Rechtspflicht betont, daß der Friedensförderer unbedingt für alle Folgen seiner Handlung haftbar sei. Aber das strenge Recht kann, wie oft, so auch diesmal, leicht zu argem Unrecht führen. Hat nicht der deutsche Militarismus einige seiner furchtbaren Handlungen mit Rechtsgründen gedeckt, die tatsächlich juristisch kaum anfechtbar sind? Warum sollte z. B. die "Festung" Paris nicht in Trümmer geschossen werden dürfen? Achselich war liegelegen und gegen manche ähnliche Taten nichts einzutwenden, aber die Menschlichkeit empörte sich gegen ein solches Recht. Geradezu als Hohn auf den Rechtsgedanken muß es übrigens empfunden werden, wenn heute sogar Italien Kriegsentschädigungen zu fordern scheint, das doch einen reinen Angriffsrieg geführt hat. Die Ansprüche der anderen Alliierten sind gewiß rechtlich viel besser begründet. Dennoch wird hoffentlich die Billigkeit den Sieg über den starken Rechtsgedanken behaupten.

Insbesondere England darf den hohen geschichtlichen Ruhm beanspruchen, bezogt Gegner stets mit weitblickender Klugheit und Großmut Kolonien zurück, was später selbst Napoleon auf Napoleons. England hatte damals die Hauptbehauptung zu haben. Dies zeigt vor allem seine Haltung gegenüber Frankreich nach dem Sturz last des zwanzigjährigen Kampfes getragen, der mit ungeheurem Erbitterung ausgefochten wurde. Als die Alliierten in Frankreich einrückten, verkündeten sie, daß der Krieg nicht gegen das französische Volk, sondern nur gegen Napoleon geführt werde. Trotzdem wollte vor allem Preußen dem St. Helena übertrieben sand. Der erste Pariser besiegt Frankreich einen harten Frieden mit

aber widerlegte sich, trocken seine Schuldenlast durch den Krieg ins Gigantische gewachsen war. Ja, es gab logar die meisten und wertvollsten großer Kriegsentschädigung auferlegen und dem Volke die Niederlage führt machen. England Friede sah seinerlei Kriegsentschädigung vor. Erst nach der Wiederholung des Kampfes mußte Frankreich im zweiten Pariser Frieden eine Kriegsentschädigung übernehmen, wovon England nur eine Bagatelle zustand. Die lange Friedensperiode, die folgte, und der Verlauf der politischen Begebenheiten redigierten vollaus die Mängelung der englischen Staatskunst.

Sollte die soziale Demokratie des modernen Englands voriger weitblickend und weitsichtig sein, als die "Loris Castleragh und Wellington"? Freilich steht derzeit die Grundidee aussetzung der ganzen bisherigen Auslandspolitik Englands in den Hintergrund zu treten, nämlich die Gleichgewichtsidee, die durch den Völkerbund und das Abkommen abgelöst werden soll, wie übrigens schon einmal durch die heilige Allianz, der aber England fern blieb. Wenn England seine bestreiten Gegner milde behandelt, so spielen Erwägungen des zukünftigen Gleichgewichts stets eine Rolle. Es wäre verfehlt, das Schatz und Streber nach einem wahren Völkerbund durch Zweifel zu schwächen, die sich dem Historiker leicht aufdrängen.

Aber die Welt droht fünfzig ganz anders aus dem Gleichgewicht zu geraten, als bisher militärischer Erfolg verursacht. Die Bildung vieler neuer Nationalstaaten mit eingekreisten Minoritäten und umstrittenen Grenzen, deren Grundprinzip Leidenschaftliche Intoleranz ist, vermehrt den Jüngststoff, der den Frieden bedroht. Immerhin mag der Völkerbund auch diese Schwierigkeit überwinden. Seine Macht endet aber auf dem sozialen Gebiet, und gerade hier sieht sich das Gewaltprinzip, das er vom internationalen Felde vertreten soll, unübersteigbar einzuüben. Die Demokratie sieht sich überall von der Idee bedroht, daß selbst eine kleine Minorität berechtigt sei, der Mehrheit ihren Willen mit Gewalt aufzuzwingen. Jede Spur des Gewaltprinzips würde daher das Friedenswerk unheilbar vergiften und den gewalttätigen Gegnern der Demokratie die stärksten Waffen in die Hand geben. Den Verteidiger der Demokratie würde mit Hohn und Leidenschaft entgegengeschleudert werden, daß die demokratischen Mächte selbst Gewalt vor Recht gesetzt hätten.

Diese Gefahr knüpft sich vor allem an jene Hintansetzung des Prinzipes rationaler Selbstbestimmung, wie sie einige Alliierte z. B. in Deutschböhmen und Deutschösterreich anstreben. Über selbst die Frage der Kriegsentschädigung, von der wir ausgegangen sind, würde von der großen Masse des deutschen Volkes in ähnlichem Sinne ausgeführt werden. Keine noch so begründete rösterrechtlische Beweisführung wird den deutschen Arbeiter davon überzeugen, daß es rechi sei, ihn zu dauernden harten Entbehrungen zu verurteilen, weil er von einer herrschenden Militärfäste mißbraucht wurde. Eine große Kriegsentschädigung könnte ja nur in Waren und Arbeitsleistungen gezahlt werden, und soweit es sich um Zukunftsaufgaben handelt, müßte stetige Erzwingbarkeit durch eine Besatzungstruppe gewährleistet sein. Nun haben bereits englische Staatsmänner erklärt, daß die Verwendung von Zwangsarbeitern zur Abtragung der Kriegsschuld oder die Erhaltung einer Besatzungstruppe zu ihrer Einführung nicht in Betracht käme. Ja, sie haben selbst daran geweiselt, daß eine Bezahlung in Waren zweckmäßig sei, da hierdurch englische

Industrien und Arbeiter geschädigt werden würden. Hiermit vereinigen sich aber auch die Möglichkeiten jeder bedeutenden Kriegsentschädigung außerordentlich. Nehmen wir nun selbst an, daß Deutschland fünfzig lange Zeit hindurch bedeutsame Werte in Waren zahlen müßte. Dann würde zunächst die Frage entstehen, auf welche Schultern die Lasten gelegt werden sollen, auf jene der Beständigen oder auf jene der Besetzten. Die Antwort kann wohl nicht zweifelhaft sein, und bei hoher Summe möglicherweise das Ergebnis höchstwahrscheinlich eine Konfiskation des Kapitals in irgend einer Form sei. Außer sozialen und politischen Motiven würden auch finanzielle Gründe in dieser Richtung wirken, die die monopolistische Verhältnisse großer Industrien ist jedenfalls das einfachste Mittel, unter schwierigen Finanzverhältnissen erhebliche Summen herauszupressen. Auch die noch immer sehr starke Regierung Deutschland den Beitritt zum Weltmarkt möglichst zu erzielen oder unmöglich zu machen, muß übrigens die Verstaatlichungsende fördern. Verschlechterung in die Weltwirtschaft und Sozialismus vertragen sich schwer. Eine abgesetzte Volkswirtschaft aber wird der Monopolisierungsende viel stärker unterliegen, wie ja die Kriegswirtschaft gezeigt hat. Auf Preis, Qualität und Kaufmännische Geschicklichkeit kommt es ja in einer isolierten und monopolisierten Wirtschaft nicht sehr an. Natürlich soll damit die Zuständigkeit ausgedehnter Sozialistungen seineswegs bestritten werden. Einzig eine gewaltsame und überkürzte Verstaatlichung von Produktionszweigen ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse jedes Falles muß abgelehnt werden. Auch dürfte die Ausbreitung bürgerlicher Tendenzen mit dem Völkerbund gedanken durchaus unvereinbar sein.

Somit zeigt sich, daß weitgehende Entschädigungsfordernisse teils auf unübersteigbare ökonomische Chancen, teils auf schwere Bedenken sozialer, politischer und moralischer Art stoßen. Das strenge Rechtsgefühl mag sich dadurch verletzt fühlen, daß an sich berechtigte Forderungen unbeglichen bleiben sollen. Aber schon oft haben Staaten derartige Ansprüche aus höheren Erwägungen zurückstellen müssen, so auch das deutsche Volk nach den Befreiungskriegen gegenüber Frankreich. Schließlich gehen die Alliierten aus dem Kriege nicht nur mit ungeheurer Prestigevermehrung hervor, sondern auch mit einer riesig vermehrten Macht als Rohstofflieferanten, Kräfteführer und Exporteure. Auf viele Jahre und vielleicht Jahrzehnte hinaus werden Amerika, England und auch Frankreich aus den Preisen der Rohstoffe und Schiffsräumen sowie durch vermehrte Verpuffung des Weltmarktes bedeutendere Gewinne erzielen, als die größte Kriegsentschädigung ihnen bieten könnte, wenn auch on ein vollständiges Herabsetzen der Verluste in absehbarer Zeit kaum gedacht werden kann. Der Krieg hat ja diese Gewinnmöglichkeiten zu ihren Gunsten sehr gesteigert und auch die industrielle Leistungsfähigkeit vielfach gefördert. Hoffentlich vergessen sie hierbei nicht den erleuchteten Grundsatz, den Adam Smith und Richard Cobden der Welt verliefen haben, daß nämlich das eigene Interesse seineswegs darin besteht, andere Völker an der Entwicklung ihres Wohlstandes und der Teilnahme am Weltmarkt zu hindern, sondern daß im Gegenteil jeder Fortschritt eines anderen Volkes auch dem eigenen zugute komme.

Sie auf Liebnecht — und wo gibt es eine zweite Rosa Luxemburg?

Nehmen wir aber an, daß die Entente nun Truppen herstellen?"

"Truppen? — Alle Truppen sind unsere Brüder — sie werden alle zu uns übergehen. Wir wünschen, sie würden Truppen herstellen, denn dann könnten wir sie wenigstens lehren, daß die Welt uns gehört."

"Haben Sie denn für Ihr Vaterland, für Deutschland, gar nichts fertig?"

"Deutschland — was geht mich Deutschland an! Ich will weg von hier — ich will nach Amerika — etwas tun — jemand sein."

"Aber warum tun Sie nicht, was Sie tun wollen, gleich hier?"

"Wie kann ich? Ich habe niemals studiert, ich habe kein Geld — aber wenn wir gesiegt haben, wenn jeder einzelne 30.000 M. bekommt, dann kann ich Schauspieler werden oder vielleicht Schriftsteller. Sehen Sie, wenn wir die Welt erobern haben, dann kann jeder von uns werden, was er will. Sehen Sie mich an, ich bin ein Spartakist. Bin ich nicht gut angezogen? Ich kann Geld haben, ich bekomme Nahrung, und ich bin ein freier Mann."

"Wie alt sind Sie?"

"Am Sonntag werde ich achtzehn."

"Ja, ich bin achtzehn, als ich achtzehn war, und wurde Soldat, — ich lag — ich lagte, daß ich älter sei. Nein, ich habe es nicht gern getan, es macht mir keine Freude zu kämpfen, und nach dreihundert Jahren defekt ist ich."

"Warum?"

"Weil mein Leutnant mich einen 'auszubilden' klammte — das hat mir nicht gepaßt,

Ich wäre nicht so zu Ihnen gekommen, aber Vater ließ mir sagen, daß Sie unsere Führer sprechen möchten — und ich komme, um Ihnen zu sagen, daß Sie sehen möchten."

Ich erklärte ihm, daß ich mich freute, Frau Luxemburg kennen zu lernen, aber "ich bitte Sie, ihr zu sagen, daß ich nicht eine ihrer Anhängerinnen bin — daß ich bereits Camille Huysmans, Azérod, Branting und viele Anführer der Internationalen Sozialisten kennen und schämen gelernt habe — daß ich aber weder Sozialistin noch Spartakistin bin — wirklich, Herr Eisner, ich liebe Deutschland von Herzen unter dem alten Regime — ich liebte die Ordnung — die Ruhe und die Sicherheit."

Ein Aufblitzen in Ottos Auge zeigte mir, daß der Junge Sinn für Humor hatte. Ich stellte mir vor, wie er sich die Schläge vergegenwärtigte, die er soeben im "Vorwärts" durchgesuchten hatte, und der Kontakt amüsierte ihn. "Ja, ich werde es Frau Luxemburg sagen."

"Nein, es ist besser, Sie nehmen Ihr mein Buch über Deutschland mit, sie wird dann selbst daraus erkennen, wie ich über Ihr Volk denke."

"Ich gehe jetzt auf den Kompositat zurück, sehe aber noch meine Führerin."

"Nein, erst sollen Sie noch eine Tasse echten Bohnenkaffee mit mir trinken — dann sind die Heiteren immer noch Zeit genug, zu kämpfen."

Ich nahm den Knaben mit mir ins Zimmer. Er schenkte mir ein einfaches altes hölländisches Möbel eingerichteten Raum sehr heimlich zu führen. Wir tranken unten Kaffee und erzählte mir alles Mögliche. Tatsächlich versetzte er es, mich zu belehren, und während er sprach, kam ein Deutscher in seine Augen — der Blick des Fanatikers.

"Und glauben Sie, daß es Ihnen gelingen wird, die heutige Regierung zu stürzen, Herr Eisner?"

"Natürlich werden wir das — es ist nur eine Frage von wenigen Tagen, dann werden wir in Berlin — und später in Deutschland herrschen — aber das ist nichts — die Welt ist rund und dreht sich — Sie können etwas berichtigte Menschenheit wie unsere Bewegung nicht aufhalten — sie geht über den ganzen Erdball, — zuerst in Russland — jetzt Deutschland — dann Frankreich — Italien, England — und auch Amerika. — Es ist alles vorbereitet. In Italien hat es begonnen — nichts kann uns zurückhalten. Wissen Sie, daß unsere Agenten überall arbeiten? Sehen Sie nicht, daß wir überall Anhänger haben? — Ebenso wie unsere russischen Brüder in Deutschland gearbeitet haben, so arbeiten wir in allen Ländern."

"Aber wie?"

"Hier waren die Kriegsgefangenen — sie beförderten die Posthalter, — dann sind die Heiteren auf den Dampfern — sie stehen zu uns — jeder Mann, der nichts hat, muß sehen, daß wir im Recht sind." Dies war seine Logik.

"Aber Herr Eisner, glauben Sie wirklich, daß die deutschen Bürgerschaft — die deutschen Oberschicht — einfach ruhig unterwerfen und Sie tun lassen werden, was Ihnen beliebt?"

Der Ausdruck dunkler Verachtung glitt über des Königs auffälliges auffälliges Gesicht — es tat mir weh, als ob mir jemand einen Schlag versetzt hätte. —

"Offiziere — wo sind Sie? Bürgerschaft, was ist sie? Sie haben Angst. Tatsächlich steht das Kommando auf — wir haben das Ressort — wir haben die Anführer. Schauen Sie auf Lenin — schauen

Deutschland und Deutsches Österreich.

In einer Wählerversammlung in Wien sprach der deutsch-österreichische Gesandte in Berlin Professor Ludo Hartmann über den Anschluss des deutsch-österreichischen Deutschland und erklärte eindeutig, wenn er in Berlin davon mitarbeitete, daß der Anschluss sich vollziehen und, wie er hoffe, bald vollziehen werde, so glaube er damit seiner Wählerchaft gegenüber seine Pflicht gütig zu haben. Der Redner betonte, daß der Gedanke Weimars, daß die Weißlaven durch Österreich an den Westen gebunden würden, sich in diesem Kriege als falsch herausgestellt habe, und erklärte weiter, daß durch diesen Krieg Deutschland für seine Selbstbestimmung freigesetzt sei. Er drückte die Hoffnung aus, daß die deutsche Nationalversammlung in Weimar zu einer ihrer ersten wichtigen Aufgaben rechne, den Anschluss in der einen oder anderen Weise auszusprechen. Es gebe für Deutsch-Österreich nur zwei Möglichkeiten, entweder den Anschluss an Deutschland oder die Begründung der berühmten Donaukonföderation. Über es gehörte wohl zu den verschrobenen, man könnte sagen verbrecherischen Gedanken, die Völker, die sich mit großem Hurra von ihrer Zusammengehörigkeit befreien und miteinander politisch nichts mehr zu tun haben wollten, jetzt wieder zusammenzutun und ihnen zuzurufen „Liebet euch untereinander“. In einer zweiten Wählerversammlung bezeichnete er sodann den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland als gesichert.

Er behandelte auch die Frage der Sozialisierung und sagte: „Wenn es in Deutschland eine Gefahr gibt, so ist es nicht die Gefahr der Spartakisten, sondern die der Arbeitslosigkeit. Das ist eine Krise, die für Deutschland schwer zu unterbinden ist, die aber überwunden werden muß. Deutlich ist Deutschland nicht ein Land, das fertig ist. Dieses Land wird auch durch einen gewaltigen Frieden nicht niedergeworfen werden. Dieses Land hat jetzt eine ordnere Zukunft als in der Vergangenheit, weil alle Schlägen, die es verunreinigt haben, vom Kriege weggespielt sind und weil jetzt nicht mehr vom Militarismus und Imperialismus die Rede sein wird. Es ist kein Zweifel, daß die Entente dem Einfluß so lange keine Schwierigkeiten machen wird, als Wilson noch ein Wort mitzureden hat. Wenn die politische Grenze einmal klar geogen ist, werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse zu den Nachbarn sehr gut rechnen lassen. Es ist sehr traurig, daß die Frage des Anschlusses soviel Lärm macht. Wenn aber die Wahlen zur Nationalversammlung eine deutliche Antwort auf die Frage des Anschlusses geben werden, werden alle schwankenden Elemente mit fliegenden Fahnen ins Lager der Anschlußfreunde gehen.“

In der ersten Sitzung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung wird von sämtlichen Parteien ein Antrag eingebracht werden, in dem der Auftretenstritt der deutschen Nationalversammlung in Weimar begrüßt und dem festen Willen des engen Zusammenschlusses Deutsch-Österreichs mit dem Deutschen Reich Ausdruck gegeben wird.

Gegen eine Zersetzung Preußens.

Die preußische Regierung veröffentlicht folgendes: Bereits in unserer Bekanntmachung vom 10. Dezember ist darauf hingewiesen, daß die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die preußische verfassunggebende Versammlung bestimmt werde, und daß allen Versuchen, Teile von Preußen loszureißen, mit Nachdruck entgegengestellt werden. An diesen Standpunkt hat die preußische Regierung gelegentlich der stattgehabten Verhandlungen über die neue deutsche Reichsverfassung in vollem Umfang festgehalten. Indem wir dies zur allgemeinen Kenntnis bringen, geben

wir ernst der Erwartung Ausdruck, daß die Behörden allen anders gerichteten Bestrebungen nachdrücklich entgegentreten werden.

Die Souveränität der Deutschen Nationalversammlung.

Übertragung der Befugnisse des Zentralrats an die Nationalversammlung.

Der Zentralrat der deutschen Republik hat an die Nationalversammlung folgende Mitteilung gelangen lassen:

An die deutsche Nationalversammlung in Weimar.

1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs hat schon vor der Revolution das gebietserliche Bürorismus erkennen lassen, das Reich zu einem Einheitsstaat umzugestalten.

2. Die Revolution der Arbeiter und Soldaten hat dieses Bedürfnis in voller Umfangreichekeit befriedigt und die Beseitigung aller einzelstaatlichen Hemmungen für die politische, wirtschaftliche und soziale Innern- und Außenentwicklung der deutschen Republik als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erklärt, nachdem die preußische Vorzehnhaft bestätigt worden ist.

3. Die plausibele Verwertung der revolutionären Organisationen (Arbeiter- und Soldatenräte) bei der endgültigen Gestaltung der sozialen Republik als einheitlich wirkende Kräfte für den gesamten Neuausbau Deutschlands hat die Nächste auf den Einheitsstaat zur unumgänglichen Voraussetzung.

4. Neuerdings erheben die früheren Bundesstaaten, die jetzigen Freistaaten, wiederum so starke Ansprüche auf einzelstaatliche Hoheitsrechte in der neuen Republik — und zwar nicht nur für die vorläufige, sondern auch für die endgültige Reichsverfassung — daß die Entwicklung zum Einheitsstaat ernstlich gefährdet erscheint und die möglichst rasche Erholung von den Schlägen des Weltkrieges und des wahrscheinlichen Friedensvertrags durch einzelstaatliche Berücksichtigung verhindert zu werden droht.

5. Neben der Einziehung der Arbeiters und Soldatenräte in die künftige Reichsverfassung zur Verstärkung der Arbeiterschaft und ihrer Produktionsinteressen, sowie zur volkstümlichen Gestaltung des Wehrwesens erscheint es deshalb zunächst als die wichtigste Aufgabe der A.- und S.-Räte ganz Deutschlands, die schädliche Wiedererstarkung einzelstaatlicher Hoheitsrechte, die über die Gedenkmachung in landesfürstlicher Selbstverwaltung und Kulturrechten hinausgeht, auf das entschieden zu bekämpfen und alle Kraft dafür einzufeuern, daß die Verfassungsarbeit in Weimar die gebotene Richtung auf dem deutschen Einheitsstaat nimmt.

6. Der Reichs-Nationalversammlung liegt es ob, den Neuanfang Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Beziehung vorzubereiten sowie die territoriale Neugliederung des ganzen deutschen Gebiets vorzunehmen. Sie darf darin von keiner anderen Körperschaft, insbesondere nicht von den Landesnationalversammlungen, beschränkt werden.

7. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichskongress der A.- und S.-Räte übertragene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeitern jeglichen Erfolg zum Glück und zum Heil des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen Deutschen Reich vereinigten deutschen Stimme.

8. Der Zentralrat wird die ihm übertragenen Befugnisse, insbesondere die ihm durch das neue Gesetz, betreffend Regelung der Kommandogewalt überwiesene Stellung als oberste Verfassungsinstanz für die Soldatenräte, solange ausüben, bis die Nationalversammlung diese Befugnisse einer anderen Körperschaft übertragen hat.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik
ges. Mag Cohen.

Streik der Bürgerschaft in Düsseldorf.

Die Zustände, die sich in Düsseldorf unter der Herrschaft der Spartacus-Leute herausstellen, haben nunmehr dazu geführt, daß die Düsseldorfer Bürgerschaft den Weg der Selbsthilfe beschritten hat. An die jetzigen Düsseldorfer Machthaber ist ein Ultimatum gerichtet worden seitens des Volksgrates der Beamten- und Arbeiteranschlässe und der öffentlichen Behörden Düsseldorfs, der Arzte, Apotheker, Kaufbeamten, der Kaufmännischen Vereine, der vereinigten Tüftelherreninnungen, der Rechtsanwälte, der Presse und anderer bürgerlichen Gruppen, in welchen die Fortsetzung nach australischem Beispiel und Verammlungsfreiheit gestellt wird. Ferner wird die Gewähr der freien und ungehinderten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung und die Anerkennung des Ergebnisses dieser Wahl verlangt.

Die jetzigen Machthaber werden selber aufgefordert, sich damit einverstanden zu erklären, daß bis zur Neuordnung der Verhältnisse die Geschäfte der Stadt durch die gesetzlichen Vertreter ausgeübt werden, denen ein ehrenamtlicher Volksrat zur Seite gestellt werden soll. Die Bürgerschaft wird erachtet, den gegenwärtigen Inhabern der öffentlichen Gewalt keinerlei Geldzahlungen zu leisten, besonders die Fällung der Steuern so lange aufzuschieben, bis die gesetzähnliche Verwaltung die damit gegebene gesetzähnliche Verwendung der Gelder garantiert ist. Für den Fall, daß die jetzige Stadtverwaltung den Aufforderungen des Ultimatums nicht nachkommt, werden die obigen Organisationen in den Generalstreik eintreten. Das Gleiche wird geschehen, wenn an irgendeiner Person, die mit den Organisationen in Verbindung steht, ein Gewaltakt unternommen werden würde oder Bürger a's Weiseln verhaftet werden sollen.

Der Bürgerstreik in Düsseldorf ist inzwischen ausgebrochen. Nachdem der Volksgesausschuß des kommunistischen Arbeiterrates auf die Forderung der vereinigten Beamten und Verfassungsorganisation Düsseldorf seine Antwort erteilt hat, sind die Angehörigen der vereinigten Beamten- und Verfassungsorganisation in den Generalstreik eingetreten. Der gesamte Verkehr, Eisenbahn, Post, Telegraph, Telefon ruht. Ebenso sind die Geschäfte und Wirtschaften geschlossen, wie auch alle großen Betriebe in Düsseldorf geschlossen werden müssen, weil die Beamten überall ihre Tätigkeit einstellen.

an Depots, Wertpapieren und anderen Werten in Deutschland und den neutralen Ländern zu requirieren. Daraan anschließend soll eine Aufstellung der Vorräte aller Art gegeben werden, die in Deutschland für die sofortige Ausfuhr vorbehaltlich der Billigung der alliierten Regierungen bereitstehen. Die Note betonte, daß alle technischen Ausklärungen über diese Punkte möglichst schnell mitgeteilt werden müßten, damit die alliierten Regierungen und die Vereinigten Staaten dem deutschen Reich um Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen nachkommen könnten.

Aus Washington wird gemeldet: Die Ausführungen der Schweiz für Gerste, Mais, Roggen, Hafer, Bohnen, Erben, Bräuner, Weißfutter, Baumwolle und Öl sind aufgehoen. In der Versorgung für Holland, Dänemark und Schweden wurde beschlossen, 400 000 Tonnen Gerste über die bereits vereinigte Nation hin aus zur Verfügung zu stellen.

Die Schweiz und die Revolution.

Um unsere Leser über die hier wenig bekannte Frage der Schweiz zu informieren, geben wir nachstehende Aussführungen Dr. Hardis wieder:

Eine Berliner Versammlung der Unabhängigen, in der Haase sprach, hat eine Protestrevolution gegen die „siegreiche Reaktion“ in der Schweiz angenommen. Nicht nur in den Augen der Unabhängigen mag die Schweiz nach den letzten Novemberereignissen und noch so manchen Nationalratsreden der jüngsten Zeit als ein reichlich reaktionär regiertes Land dastehen; während in Deutschland die Revolution siegte, ward hier mit gewaltigem Aufwand von Waffen und Wörtern ein Generalstreik niedergeschlagen, und als daraus in Zürich der Generaltag noch eine Truppenparade abhielt, mußte dies Schauspiel, das in Bern nur der Grippe wegen abgesagt wurde, in der Tat wie ein Sinnbild des Sieges der Reaktion und des Militarismus wirken. Eine überaus große Menge freilich jubelte aller Orten dem Heere zu, aber die wahre Stimmung des Volkes, der Massen, war aus dieser, fast wie ein Anachronismus anmutenden wilden Freude über eine noch unverbrauchte Armee kaum hinauszuladen. Der allgemeine Arbeitertag, zu dem gerade vor Weihnachten noch die Vertreter aller schweizerischen Arbeitersorganisationen im Volkshaus zu Bern zusammenströmten, war ein besseres Barometer für die politische Haltung des arbeitenden Volkes in der Schweiz, für seine Stellungnahme zum Generalstreik wie zur Revolution, zur Weltrevolution überhaupt.

Wird man auch heute noch in der Beilegung des Landesstreiks einen Sieg des Bürgertums erblicken? Wer den Arbeitertag mitgezählt hat, mag doch wohl sagen, daß die Vernunft es war, die damals gesiegt hat, und zwar die Vernunft der im Aktionskomitee vereinigten Arbeiterschäfte. Sie hätten, wie die Stimmung der Arbeiterschaft war, den Streik noch ein, zwei Tage weitertreiben können, aber der Bürgerkrieg wäre damit unvermeidlich gewesen, denn Behörden und Militär wollten es darauf ankommen lassen, und die unbewaffnete Arbeiterschaft hätte natürlich den kürzeren gezogen, wäre zerstört und unterlegen. Jetzt ist der unbestreitbar große, unverwüstliche Eindruck des breitgängigen Landesstreiks einer einzigen Arbeiterschaft geblieben; niemand wird diese unheimliche Friedhofsstille über Stadt und Dorf, Berg und Tal, über allen Rädern und allen Schienen im Land so bald vergessen. Sie wird in die entscheidenden Parlamentstagungen hinein wirken, und damit können die Arbeiter zufrieden sein. Der Kongress hat denn auch mit 201 gegen 79 Stimmen den Abbruch des Novemberstreiks gutgeheissen, das Aktionskomitee hatte die Mehrheitsstimme der Arbeiter richtig erfaßt und zum Ausdruck gebracht.

Die Lebensmittelversorgung Europas.

Nach den Redenungen der Verlängerung des Waffenstillstandsabkommen vom 16. Januar hat die deutsche Regierung den alliierten Mächten eine Liste der deutschen Handels schiffe zu liefern, die den Alliierten vom 16. Februar ab zum Zwecke der Lebensmittelversorgung Europas zur Verfügung gestellt werden sollen. Sofort nach Empfang dieser Note wird eine Bevölkerungscommission von amerikanischen Offizieren auf amerikanischen Kriegsschiffen die deutschen Häfen beauftragt, um sich über den Zustand der erwähnten Handels schiffe zu orientieren. Wie die deutsche Waffenstillstandskommission berichtet, ließ das Oberkommando der Alliierten am 31. Januar in Spa eine Note überreichen, in der im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung Deutschlands verschiedene Angaben finanzieller Art von der deutschen Regierung vorausgesetzt werden. So soll der Kassenbestand der deutschen Reichsbank und ihre Bestände an Auslandswechseln und Wertpapieren angegeben werden, die an neutralen Plätzen Lombardiert werden können. Ebenso werden Angaben gesetzt, aus den in hervorgeht, in welcher Höhe sich Werte neutraler Staaten im Besitz der deutschen Banken, sonstiger Institute und von Privatpersonen befinden. Ferner soll berichtet werden, welche geschätzliche Machtbesitznisse die gegenwärtige deutsche Regierung hat, um den Besitz deutscher Staatsangehöriger

ebenso auch nicht die Disziplin. Es hat mit nicht mehr gepaßt, zu kämpfen, deshalb kniff ich aus.“ „Aber Sie kämpfen doch jetzt — Sie könnten doch tatsächlich heute nicht Ihren Bruder erschießen — Ihr Vater erzählte mir, daß er zu den Regierungstruppen gehört.“

„Erschießen — ich — in all den Jahren, die ich an der Front war, habe ich niemals einen Menschen erschossen, und ich werde auch hier keinen erschießen. Ich nehme einfach mein Gewehr und ziehe recht hoch — und niemand kann es merken. Ich will niemanden töten, ich will nur von hier weg und mich in die Höhe arbeiten.“

„Erzählen Sie mir doch, wieso Sie Sparta kist wurden.“

„Ich habe keine Arbeit — Lebensmittel sind teuer — ich ging in die verschiedenen Verfassungen, überall wurde viel oestrichen, aber niemand hat mir etwas an. Dann nahm mich ein Freund mit, um Viehmarkt reden zu hören. Er erzählte uns, daß alles uns gehört, wenn wir die Welt erobern. Und dann, sehen Sie, bot man mir Arbeit an. Ich kann Geld verdienen, 10—25 Pf. täglich und gutes Essen. Sie geben uns Waffen, und über macht uns Platz. Sie werden es morgen selbst sehen, wenn ich Sie mit einem Bewaffneten abhole, um Sie zu unserer Führerin zu bringen. Wir gehen durch die Straßen. Sie werden sehen, was es bedeutet, ein Sparta kist zu sein — niemand wird uns anhaften — wir werden direkt durch die Motorradstrassen hindurchgehen — man wird uns nicht anhaften — wir werden durch die östliche Schieberei hindurchgehen — sofern unserer Partei wird sich auf uns schließen. Ja, ich kann Sie beschützen, und dann, wenn Sie mit unserer kleinen Führerin gesprochen haben

werden — werden Sie sich uns anschließen. Sie werden eine der Unseren werden. Aber jetzt muß ich nach dem „Vorwärts“ zurück, denn heute nacht wird es schwere Kämpfe geben.“

Es war 11 Uhr, und wir hörten in der Ferne dumpfen Donner.

„Warum gehen Sie nicht heim heute nacht? Sie sind müde. Wenn Sie heute nacht ausruhen, können Sie morgen arbeiten — außerdem ist Ihre Mutter krank und abgehetzt.“

Schließlich versprach er mir, nach Hause zu gehen und daß er mich am nächsten Tage anrufen würde.

In jener Nacht gingen die Regierungstruppen zum Angriff vor — mehrmals hörte ich schweres Geschützen, und ich war froh, daß mein junger Sparta kist Freund in Haus bei seiner Mutter war.

Am nächsten Morgen um 10 Uhr läutete mein Telefon.

„Hier ist Eisner — die Schieberei ist furchtbar — ich kann heute nicht zu Ihnen kommen — unsere Führerin lädt Sie bitten, noch einige Tage zu warten.“

„Aber bitte, denken Sie an Ihre Mutter.“

„Ja, Fräulein, ich bin verantwortliche Mutter, Sie waren es, die mich geboren haben — ich werde Sie in drei Tagen abholen — auf Wiedersehen!“

Passek-Blüsen.

Skizzen aus der „alten“, alten Schieber-Zeit in Lodz von R. Singer.

Der Kapellmeister.

Eines schönen Abends, nachdem er ungeduldig „Hoffmanns Erzählungen“ herunterdirigiert hatte, ließ er sich von dem zuflügelgeweise neben

dem Dirigentenpodium schwarzen Kaffee trinken. Mäller Hoffmann erzählte, daß wer heutigen Tages etwas Geld und keine Lust hat, Manufakturwaren zu kaufen, ein wahres Attentat auf die jedem Menschen innenwohnende Hoffnung auf Reichswerten begeht.

„Was können Sie da bei der heutigen Leistung erleben mit Ihrem Dirigentenstock in der Hand?“ kommentierte Hoffmann überzeugend, höchstens bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags zu Luzern. Ich kann Ihnen z. B. schon, — Sie brauchen doch nicht groß anfangen, — 200 Arschinen Mery-Blusenstücke mit 1,50 verkaufen und garantieren Ihnen, daß, wenn Sie die Ware zwei Tage halten, Sie mehr verdienen werden, als wenn Sie eine ganze Woche dirigieren.“

Des Mällers Hoffmann Erzählungen trafen den Nagel fortissimo auf den Kopf, und als der Morgen anbrach, war unter Kapellmeister pianissimo recht mäßiger Eigentümer der erwähnten 200 Arschinen Ware geworden und der erzählende Hoffmann läßt freudestrahlend seine Provision ein.

48 Stunden später verkaufte unser Musikkus unter den Klängen eines Hochzeitsmarktes die Ware mit 20 Kopeken Arschinenprofit, ergo 40 Rubel Gewinn.

Dies versetzte ihm den ersten entscheidenden Fortschritt und nun begann er andante weiter zu rollen auf der Manufakturbahn, auf deren Schienen ihn Hoffmanns Erzählungen so jäh gesetzt hatten. Mano dextra dirigiert er die Käpelle und mano sinistra bejubelt er Warenproduzen.

Nachdem er noch mehrmals die mit jedem Tage im Preise steigenden Mervstoffe farciccio ge- und verlaufen hatte, — zuguterletzt fiel ihm sogar sein Erklänpolster Blumenstoff wieder in die Hände, nachdem er es nicht mehr gebraucht wurde, dann steigt

Darin erblidet es aber auch seine Aufgabe, Gerde Grimm, der gewiß gerne eigene und am liebsten weit nach links weisende Wege geht, will im Aktionskomitee nicht mehr und nicht weniger als einen Spiegel der Masse sehn und bekannte sich unter dem Beifall der Genossen zur Demokratie, indem er erklärte: „Ich muß das tun, was die Masse will.“ Die schweizerischen Arbeiterführer haben mit wenigen Ausnahmen eben doch zu viel altmodistische Kultur, als daß sie der Masse irgend ein persönliches Dogma im Lenin- oder Liebknechtstil aufzwingen suchen. Die Masse aber will in der Schweiz keinen blutigen Bürgerkrieg. Den Bürgerkrieg predigen nur etliche Junglinge („Jungburischen“) in Zürich und Basel, und da ein paar besonders verzweifelte Janatler unter ihnen Deutsche sind oder bis vor kurzem es waren, darf man sich über die Wut der Schweizer gegen diese Art deutscher Revolutionäre nicht wundern.

Der junge Nationalrat Blatten scheut nicht vor tauend Leichen auf den Straßen Zürichs zurück, wenn nur wenigstens der Achtstundentag erlööst wird, aber man muß, um die innersten Gefühle der schweizerischen Arbeiterschaft zu lenken, den Beifallssturm gehörig haben, unter dem Redakteur Graber aus dem Neuenburgischen darauf entgegnete: „Lieber ein Leben lang zehn Stunden weiterarbeiten, als den Achtstundentag mit dem Leben von Zehntausenden von Kameraden erlaufen!“ Die Arbeiter der Schweiz — ausdrücklich befundenen es noch die Eisenbahner — stehen in ihrer übergroßen Mehrheit auf dem Boden der Demokratie und der parlamentarischen Entwicklung, die Zürcher Gewaltrevolutionäre zeigten im Laufe des Kongresses immer längere Gesichter, um schließlich auf alle Parteiämter zu verzichten, der wildeste der Jungburischen wurde niedergeschrien, und ein „Manifest der kommunistischen Partei der Schweiz“, das verteilt wurde, glitt lautlos und ungelesen unter die Tische. So bestimmt aber auch der Mehrheitswill der schweizerischen Arbeiterschaft Gewalt und Diktatur ablehnt, so einmütig haben all ihre Vertreter auf dem Kongress für den Landesstreit, als die gemeinsame Tat der gesamten Arbeiter, die volle Verantwortung übernommen, am Massenstreit haften sie als an einem Kampfmittel fest und verlangen das Streirecht auch für die Staatsangehörigen. Wenn es eine Reaktion in der Schweiz gibt, die Schweizer werden vom Kommunisten bis zum Grütliauer gegen sie und für den sozialen Volksstaat unbirrt kämpfen; die Notwendigkeit der Fortentwicklung zu einem solchen Volksstaat wird auch von den einfließenden Vertretern der bürgerlichen Parteien nicht mehr geleugnet.

In diesem gleichgerichteten Streben zum sozialen Volksstaat finden Deutschland und die Schweiz eine neue Berührungsschicht. Daß es in der Schweiz ruhiger zugeht, braucht über die Parallelität der Strömungen nicht zu läuschen und kann nicht verwundern. Seit Jahrhunderten Republik, hat das Schweizer Volk, wie jedes Bauernvolk, dabei einen gewissen konservativen, doch nicht reaktionären Hang zur Ruhe und zu ruhiger Entwicklung, und das aufwühlende unmittelbare Kriegsergebnis fehlt hier. Die Sparten werden mit dem Bolschewismus in der Schweiz nicht das geringste Glück haben, sie verwechseln ein paar laute und vorselige Zürcher Jungburischen mit dem Schweizer Volk. Ihre Hoffnung, eine irgendwie bolschewistisch geartete Revolution in die Schweiz oder mit Hilfe der Schweiz nach Frankreich zu verpflanzen, ist illusorisch. Dazu müßte vor allem auch die welche Schweiz mithelfen, und die steht heute, wie es Graber besonders betonte, weit weniger unter dem Eindruck der deutschen Revolution als dem des Sieges der Entente. Die radikalsten Sozialistenführer der deutschen wie der welischen Schweiz, Grimm und Raine, lehnen die

der Hurra-Warzer aus der „Gardafürstin“ zu wiederholten Male.

Ein auf ein großes Warenquantum entrichtetes Handgeld zaubert gewöhnlich die „Träumerei“ von Schumann hervor, — ein zurückhaltenes — das Potpourri aus dem „Juxbaron.“ Wird ein Geschäft zu Weise, dann erhält dies feuchte Ereignis durch Ivanovicis „Donau-Wellen“-Walzer Ausdruck, und wenn dem Kapellmeister ein Preis nicht ganz zusagt und er noch etwas gebeten werden möchte, dann wird Rutowskis „Mow do mnie jeszcze“ gespielt. Wenn der Preis sich nicht so hoch, wie erwünscht, schrauben läßt, so illustriert diese traurige Stimmung der Walzer „Rasbitoje“

Bei einem Passestillsstand wird des öfters die Romanze „Savonya nichnja lobjanja“ gespielt, um den Reminiscenzen an ehemalige gute Dienste Ausdruck zu geben, und wenn weder das Handgeld zurückgegeben, noch die Ware geliefert wird, dann bläst die Flöte ein herzergreifendes Solo oder das ganze Orchester — den „Trompeter von Söldingen“.

Dergleichen werden die Komponisten entsprechend der in Frage stehenden Warengattung hergeholt. Also, wenn „Pollek plötz“ unterhandelt wird, begleitet Meniuszko die Transaktion. Französische Oberhemdenstoffe akkompagniert Saint-Saëns, russischen Tid — Glinsk, italienisches Zeug — Puccini usw.

Außer mit Geschäften für eigene Rechnung beschäftigt sich die gesamte Kapelle noch mit Vermittlungen und dies mit um so sicherem Erfolg, als dieser Umstand sämtlichen Kaffeehausbewohnern bekannt ist. Wer etwas kaufen, verkaufen, verleihen, vermitteln, verpachten oder verschwindeln will, wendet sich an sie, so daß das Orchester quasi ein Passelzentrum bildet, aus dem dann die

Methode des Bolschewismus zunehmend wegab, und die Masse hat sie durch die Voten des Arbeitersongresses glatt verworfen. Eine Pflanzstätte oder einen Umschlagsplatz für den Bolschewismus wird die Schweiz nicht abgeben.

Revolution und Briefmarken.

Mit vielen hat die deutsche Revolution aufgeräumt, aber die geranzerie Jungfrau auf den deutschen Germaniamarken hat sie noch nicht befreit können. Das Stuttgarter Preisbuch schreibt für neue Entwürfe zu kulturellen künstlerischen Reichsbriefmarken hat ein nur sehr wenig befriedigendes Ergebnis gehabt, und von einem neu ausgeschriebenen österreichischen Münchner Wettbewerb verlautet auch nur wenig Trostliches. In Erwaltung von positiven kulturellen Leistungen will nun aber die Kurt Eisnerische Regierung auch die bislang schönsten deutschen Postwertzeichen — die bayerischen König-Ludwig-Marken — sozialistisch reformieren. Wie verlautet, ist man nach Abschluß der notwendigen Vorarbeiten jetzt dabei, die kürzeren bayerischen Postwertzeichen einschließlich der Löwenwappen-Dienstmarken mit der Devise „Völkerstaat Bayern“ zu überdrucken und demnächst in Verkehr zu bringen.

Bayern folgt damit dem Vorbild der ungarischen Republik, die ihre erst letzten Herbst neu erschienenen wirkungsvollen, von dem Maler Emerich Földes entworfenen „Karl und Zita-Marken“ mit dem entstellenden schwarzen Überdruck „Kroatisch“ (Republik) versehen ließ. Den Jugoslawen standen für derartige politisch-revolutionär-philatelistische Experimente gleich drei harmlose Markenserien zur Verfügung: die Österreichs, Ungarns und Bosniens. Man hat vorläufig in Zagreb bereits mit der für die neue Staatsfahne sehr einträglichen Briefmarkenfabrikation begonnen und gleich in drei dortigen Druckereien ungarische Marken mit den Buchstaben S H S und den Worten „Hrvatska“ bzw. „Hrvapjegy“ in blau oder schwarz überdrucken lassen.

Die amtlichen tschechischen „Umsturzzeiten“ haben bisher noch auf sich warten lassen, wenn man von mehr privaten Agitations-Erzeugnissen des geheimen revolutionären Komites absieht, das schon vor Ausrufung des neuen tschechoslowakischen Staates die österreichischen Kaiser-Karl-Marken mit dem tschechischen Löwen und den Devizes „Castaposta“, „Cecoslovensko Blada“, „Slovensky Stat“ und schließlich mit „Tejslo Slovensky Stat“ überdrucken ließ.

Offenbare Spekulationsergebnisse scheinen die auf Maskulaturbogen einer kartographischen Anstalt in Riga lithographisch gedruckten roten 5-Kopf-Marken der im November 1918 proklamierten lettischen Republik Lettija zu sein, trotzdem sie vom 19. bis 29. Dezember v. J. an einem besonderen Skaf der damals noch deutschen Landespost in Riga verlauten wurden. Das gegen liegt mit aus Deutsch-Oesterreich soeben auf einem postlich einwandfrei frankierten Brief die dantelgrüne 20-Heller-Marke des Kaiser-Karl-Mutters mit dem schwarzen gotischen Überdruck von links unten nach rechts oben „Deutschösterreich“ vor. Die übrigen Werte der leichten 1. u. 1. Postwertzeichentreihe sollen bis zum Erscheinen neuer Marken in gleicher Weise derart überdruckt werden, und man wird auf diese wahrscheinlich nur kurze Zeit Provisorien in Briefmarkensammlerkreisen sicherlich eifrig Jagd machen.

Zum Seltenheitsstandpunkt sind am beachtenswertesten die republikanischen „Provisorien“ Tirols, die im Dezember auf Beschluß eines tirolischen Ausschusses und auf Grund der damaligen republikanischen Staatsverfassung noch vor Ausgabe der neuen „Deutsch-

Österreich“ in Umlauf gebracht wurden. Es handelt sich bei diesen Marken um die 2. 5. 6. 10. 12-Heller-Werte der österreichischen Kronenmuster-Ausgabe vom August 1916, und Karl-Marken vom August 1917. Sie erhielten den schwarzen Handstempelaufdruck des Tiroler Adlers und waren anscheinend aus technischen Gründen nur in geringer Anzahl hergestellt, da an den Innsbrucker Postschaltern davon nur je fünf Stück an eine Person abgegeben wurden.

Rätsel.

Füllrätsel

von Karl, Adolf und Julius Bauer, Lobs.

*				
	*			
		*		
			*	
				*

Dichter

Knabenname

Vogel

Vermend-schäftsgrab

Raubvogel

Planet

Bei richtiger Lösung ergibt die schräge Linie eine Stadt in Nordamerika.

Diagonalrätsel.

a				
e	e			
b	i	i		
i	m	p	p	
r	t	t	t	
u	u			
v				

1. Hobsononant, 2. Befleidungsstädt, 3. Schlange, 4. Planet, 5. Stadt in Kurland, 6. Stadt in Marocco, 7. Konsonant.

Besuchskartenrätsel

von Dora Nadjba, Lobs.

WL. D. Sidorow

Novino.

Nach Versetzung der Buchstaben trägt die Karte den Namen eines jetzt berühmten Staatsmannes.

Rahlenrätsel

von Leib Schreibaum, Lobs.

1, 2, 3, 2, 4, 5, 6, 7, 8 Österreichisches Fragment, 2, 9, 15, 18, 16, 9, 8, 9 Stadt in Polen, 7, 11, 12, 9, 6, 13, 12 Drama von Gerstenberg, 4, 12, 3 Fremdländischer männlicher Vorname, 14, 15, 6, 13, 11, 2 Blume, 15, 18, 16, 5, 9, 2, 5, 12, 6, 7 Festung in Belgien, 18, 2, 5, 1 Teil des Hauses, 9, 12, 11, 12, 11, 5, 6, 11, 18 Eine Art Rätsel, 13, 7, 4, 12, 3, 12, 10, 8, 9 Modernes Verherrmittel, 13, 16, 13, 4, 2, 8 Stadt in Frankreich, 1, 12, 9, 12, 3, 6, 4, 2, 13 Teil der Alpen.

Bei richtiger Lösung ergeben die Anfangsbuchstaben, von oben nach unten gelesen, den Titel einer Gedichtreihe von Heine.

Der kleine Spielmann.

Wir laufen Fröhchen als Belohnung

Das Instrument, das er begehr;

Drauf hat er in der ganzen Wohnung

Als wacker Spielmann sich bewährt.

Wir konnten kaum den Lärm ertragen

Und hatten bald des Spiels genug ...

Doch — Gott sei Dank! — seins war zerzlagen,

Ch' er das unsere zerzlag.

Kleine Beiträge.

Staatsbanknoten. Der „Weldmarkt“ gibt die nachsließende interessante Übersicht über die wichtigsten Staatsbanknoten während des 19. Jahrhunderts, wo von vielen Banknotenähnlichen Vorkommissen abgesehen wird: Europa: im Gebiete des Deutschen Reichs und Preußen 1807, 1813; Westfalen 1812; Kurhessen 1814/15; Schleswig-Holstein 1850. In Österreich 1802, 1805/6, 1811, 1816, 1868. In Holland 1814, in Spanien 1820, 1831, 1834, 1851, 1867, 1872, 1882, in Griechenland 1826, 1833. In Portugal 1837, 1852, 1892. In Russland 1839. In der Türkei 1875, 1876, 1878. In Ägypten 1876. Außerdem Europa: in Nordamerika in 12 Unionstaaten; in Südamerika in sämtlichen Staaten, und zwar durchweg mehrfach. Man sieht also, daß sowohl Europa als auch die außereuropäischen Staaten im Laufe des 19. Jahrhunderts von wirtschaftlichen Erhöhungen aller Art schwieriger Natur wiederholt und oft in kurzen Pausen heimgesucht wurden. Häufig waren es die Kriege und ihre wirtschaftlichen Nachwirkungen, die zu solchen Banknoten führten.

Die geschickte Stradivariusglocke Hubmanns. Die Stradivariusglocke Bronislav Hubmanns, eine der kostbarsten und berühmtesten alter Geigen, die noch existieren, ist in einem Wiener Hotel gestohlen worden. Hubmann hatte diese Glocke im Hotelzimmer für einige Augenblicke verlassen, um sich in die Empfangshalle hinunter zu begeben, und halte die Tür in der üblichen Weise verschlossen. Der Kasten mit zwei Geigen, der auf mehrere hunderttausend Mark geschätzten Stradivariusglocke und einer anderen, weit weniger wertvollen, stand auf dem Tisch. Schon einige Tage vorher hatte ein junger Mann in österreichischer Offiziersuniform sich unter dem Vorgetragen, seine Beziehung auszuspielen, um dem Kasten zu wenden und verdeckt zu betrachten. Dieser angebliche Offizier befand sich, als Hubmann das Zimmer verlassen hatte, im Korridor. Als das Zimmermädchen ihn fragte, was er wünsche, antwortete er, daß er auf Hubmann warte. Er hat dann das Zimmer mit einem passenden Schlüssel geöffnet, die Stradivariusglocke aus dem Kasten genommen und die andere Geige liegen lassen. Man hat gefragt, wie er mit dem Kasten des Hotels vertrieben hat. Hubmann erwiderte, daß er mit dem Kasten des Hotels vertrieben hat.

Na, Eduard!, sagt ein Mann zu seinem Freunde. „Sie sieht ja recht gut aus bei den schlechten Zeiten. Hast wohl viel Geld verdient?“

„Nein, weißt du“, belehrte ihn der Angeredete, „wenn ich gut aussehe, so ist es, weil ich mir ein Pferd gekauft habe.“

„Eine Pferd?“ fragt der Erste, „was hat es denn gelöst?“

„Das war ganz verschieden“, sagte der andere. „Ich habe es doch plauderweise gekauft.“

Kleine Anzeigen

in der „Lodzer Freien Presse“ werden häufig und gelesen. Suchen Sie Personal oder eine Stellung, haben Sie etwas zu verkaufen, zu vermieten, dann benützen Sie unser Platt. Der Erfolg wird Sie voll auf begeistern und Sie werden uns gern bestätigen: Kleine Anzeigen der „Lodzer Freien Presse“ haben

Große Wirkung!

Die Vorsilben.

Eust Du's mit „ab“, verweigert Du, Eust Du's mit „ein“, so sagst Du an, Wer's tut mit „aus“, der will verzichten, Wer's tut mit „zer“, der will vernichten, Wer's tut mit „nach“, will sich befreien, Wer's tut mit „vor“, den muß man hören, Wer's tut mit „über“, der ist flüchtig, Wer's gut mit „be“ ist, gilt für tüchtig.

Lösungen der Rätsel

aus der letzten Sonntagsausgabe:

Die Blume:

Vergißmeinnicht.

Gesuchskartenrätsel:

Polizeiamt.

Silberrätsel:

Vilmer, Cyprian, Ninive, Ursel, Salos, Venusz.

Rahmenrätsel:

Wagner, Grätzl, Lima, Heine, Erde, Lore, Melbourne, Culpe, Eileen, Ellie, Lessing.

Wihelm in Tell

Nichtige Rätsellösungen sandten ein: Für ein Rätsel: Erich Hilpert, Hermann Becker, Vola Durwisch, Meri Bluma, Willy Lange, David Weinberg, J. v. Lewoh, Renzo Schwarzwald,

Wirtschaftsteil der Lodzer Freien Presse

Land für die Kleinbauern.

Das Ministerium für Ackerbau und Reichsdomänen steht mit: Die polnische Regierung sieht es für ihre erste Pflicht an, in dem Moment, wo Polen, besetzt von dem fremden Feind, selbst vom eigenen Willen abhängt, dafür zu sorgen, daß der Wohlstand breiter polnischer Volksmassen, die bisher gehalten haben, so schnell als möglich gehoben wird. Die Grundlagen, auf denen sich die allgemeine Verbesserung aufbauen wird, hat der Landtag in bestimmten, der dem Volksmund Ausdruck gibt. Es aber der Landtag sich mit der Zuweisung entsprechender Landteile befassen kann, auf denen das landlose und landarme Volk und darunter auch Soldaten, Kultarbeiter oder Vorwerkerbeiter eine eigene Wirtschaft anlegen können, will die Regierung schon jetzt im Rahmen ihrer Macht denen zu Hilfe kommen, die am meisten des Landes bedürfen. Zu diesem Zweck hat die Regierung verfügt, mit der Parzellierung solcher Ländereien zu beginnen, über die sie ohne Bevollmächtigung des Landtags, verfügen kann, sowie derjenigen Privatländer, die ihr zu diesem Zweck von den bisherigen Besitzern freiwillig angeboten werden.

Der Minister für Ackerbau und Reichsdomänen erhielt die Vollmacht, sofort mit der Parzellierung der von der früheren Agrarbank noch nicht verkauften Güter zu beginnen und die Verpachtung der hierzu bestimmten Kronhäuser und Domänen an Landlose und Landarme in der Weise einzurichten, daß die Pächter die Möglichkeit des Ankaufs des Landes erhalten. Die Landwirtschaftsverwaltung haben darauf zu achten, daß die durch Parzellierung und Verrichtung entstehenden Wirtschaften den Ansprüchen der Landwirtschaft genüge und genug groß sind, die Familien des Landmannes zu ernähren. Um die Einrichtung der Wirtschaft zu ermöglichen, wird eine Agrarbank gegründet, die den Landarmen und Landlosen Anleihen zum Landankauf, zur Ausführung von Bauten und Inventar und zur Errichtung von Meliorationen erteilen wird. Aus den Staatsfonds soll ihnen Bauholz zu günstigen Bedingungen geliefert werden. Außerdem wird den Armuten unter ihnen regierungsspezifische Hilfe beim Ankauf leisten und toten Inventars und der Aussaat zuteilen werden.

Den Landleuten helfen, muß die Regierung aber auch dafür sorgen, daß das Getreide nicht allein für die Bauern blüht, sondern auch für alle die, die das Land nicht bebauen: für die ganze Bevölkerung des Landes. So dürfen auch auf die Hilfe der Regierung alle Arbeitsfähigen, die das Land zu bearbeiten verstehen, rechnen, also die Landarmer und Landlosen, daneben aber auch die Guisarbeiter, besonders diejenigen, die in der gegenwärtigen schweren Zeit nicht nur für sich Nahrung

aus dem Lande ziehen, sondern aus der erworbenen Wirtschaft an meistens für die allgemeinen Bedürfnisse abgeben können und dadurch ihre Brüder in den Städten vor dem Hunger retten. Die Regierung wird eine entsprechende Bebauung des Landes verlangen und die Aufsicht darüber ausüben, daß das Land entsprechend bearbeitet wird. Hierbei wird sie sich auf die örtlichen Organe stützen. Nach dem Schweren dem Volke durch fremde Einbringlinge zugesetzten Schaden kann nur die allgemeine Arbeit des ganzen Volkes zusammen mit der Regierung die Wunden heilen und Wohlstand schaffen.

Am 6. Februar wurde im "Monitor Poloni" das von dem Ministerium für Landwirtschaft und Reichsdomänen ausgearbeitete Statut der staatlichen Agrarbank veröffentlicht. In den allgemeinen Umrissen stellen sich das Ziel, die Mittel und die Organisation der Bank folgendermaßen dar:

Hauptaufgabe dieser Finanzinstitution wird es sein, langfristige, Amortisations- und unkündbare Kredit 1) an landlose und landarme Landwirte zum Kauf von Land und 2) zu Landmeliorationen verschiedener Art, zur Errichtung von Bauten bei der Zusammenlegung usw. zu erteilen. Außerdem wird die Bank Übergangs-Darlehen zur Durchführung von Parzellierungen größerer Besitztümer und für Meliorationen erteilen. Sie wird gleichfalls die Parzellierungs- und Meliorationsfähigkeit der öffentlichen Wohlfahrt dienende Institutionen und Vereine unterstützen, und zwar durch Beteiligung an ihrem Kapital und durch Erteilung von Übergangsdarlehen. Die Agrarbank wird schließlich im Fall des Bedürfnisses Grundsatz zum Zweck des Verkaufs an kleine Käufer erwerben können.

Das von dem Staatschaz einmal eingezahlte Grundkapital der Bank wird 25 Millionen Mark betragen. Außerdem wird sie aus dem Schatz jährlich mindestens eine Million erhalten. Darlehen wird die Bank hauptsächlich aus den durch die Ausgabe von Pfandbriefen erhaltenen Mitteln bis zu allgemeiner Höhe der erteilten langfristigen Amortisations-Darlehen gewähren. Der Bank ist das Recht der Ausgabe von Pfandbriefen in genau bestimmtem Verhältnis zum Grundkapital zuerkannt worden, die durch das ganze Vermögen der Bank noch vor der tatsächlichen Erteilung der Darlehen sichergestellt sind. Alle Operationen der Bank sind von den Stempel, Gerichts- und anderen Gebühren frei. Die näheren Bedingungen der Erteilung von Darlehen, der Annahme von Einlagen, der Ausgabe der Pfandbriefe, die Grundzüge des Ankaufs von Immobilien usw. werden von dem Rat der Bank beschlossen und von dem Ministerium für Landwirtschaft und Reichsdomänen in Einvernehmen mit dem Finanzminister

bestätigt. Diese Bedingungen werden zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Die Leitung der Bank wird von dem Aufsichtsrat der Bank und der Direktion ausgeübt. Die Oberleitung liegt in den Händen des Ministers für Landwirtschaft und Reichsdomänen. Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern, die zur Hälfte vom Landtag gewählt, zur anderen Hälfte von der vorgesetzten Staatsbehörde ernannt werden. Diese ernennen auch den Direktor der Bank und den Vertreter des Ministeriums. Bis zur Zeit der Berufung der Mitglieder durch den Landtag wird der Aufsichtsrat aus 10 Mitgliedern bestehen, wovon die eine Hälfte Fachleute, die andere Vertreter sozialer Institutionen sein werden.

Vom Kreditverein der Stadt Lodz. Am ersten Zählungstage wurden nachstehende Pfandbriefe gezogen:

5% Pfandbriefe IV. Serie.
zu Nbl. 1000 Stück 18 auf Nbl. 18 000
" 500 " 7 " 8 500
" 250 " 6 " 1 500
" 100 " 14 " 1 400

Zusammen Stück 45 auf Nbl. 24 400

5% Pfandbriefe V. Serie.
zu Nbl. 1000 Stück 81 auf Nbl. 81 000
" 500 " 46 " 23 000
" 250 " 28 " 7 000
" 100 " 37 " 3 700

Zusammen Stück 192 auf Nbl. 111 700

4 1/2% Pfandbriefe VI. Serie aus dem I. Zeitraum.
zu Nbl. 3000 Stück 6 auf Nbl. 18 000
" 1000 " 147 " 147 000
" 500 " 161 " 80 500
" 250 " 98 " 24 500
" 100 " 103 " 10 300

Zusammen Stück 515 auf Nbl. 280 800

4 1/2% Pfandbriefe VI. Serie aus dem II. Zeitraum.
zu Nbl. 3000 Stück 1 auf Nbl. 8 000
" 1000 " 11 " 11 000
" 500 " 12 " 6 000
" 250 " 8 " 2 000
" 100 " 8 " 800

Zusammen Stück 40 auf Nbl. 22 800

Insgesamt Stück 555 auf Nbl. 303 100

Am zweiten Zählungstage wurde 549 5%ige Pfandbriefe der VII. Serie auf den Betrag von 341 200 Nbl. gezogen, und zwar:

zu Nbl. 3000 Stück 26 auf Nbl. 78 000
" 1000 " 156 " 156 000
" 500 " 150 " 75 000
" 250 " 90 " 22 500
" 100 " 127 " 12 700

Um beiden Zählungstagen wurden somit zusammen 1341 Pfandbriefe im Gesamtbetrag von 786 100 Nbl. zur Amortisation gezogen.

Naherwerbung der polnischen Industrie. In einer Sitzung des Handelsministeriums wurde, wie die "Warszawska Wiadomość Bankowa" mitteilte, die Frage der Wiederbelebung der Industrie behandelt. Während der Aussprache wurde die Ansicht ausgesprochen, daß, wenn die Landes-Darlehens-Kasse den Banken normalen Kredit geben, sowie einen besonderen Kredit für Reichslehrungen eröffnen würde, am allermeisten dahin gewirkt werden könnte, daß die Industriellen sich an ihre bisherigen Bankiers um Kredit wenden. Solche Lösung der Angelegenheit wäre auch für die Banken gewinnbringend, da durch den ihnen gewährten Kredit der Landes-Darlehenskasse die beträchtlichen Geldsummen, die augenblicklich unberührt sind, in Umlauf kommen würden. Neben die bei der Krediterteilung zu beschreitenden Wege einigten sich die Medien auf zwei: 1. die Industriellen wenden sich an ihre bisherigen Bankiers, die sich auf die Landes-Darlehenskasse stützend, ihnen Kredit geben; 2. die Industriellen erhalten vom Ministerium Kredit. Da dieser Kredit eine Emission von Umlaufscheinen hervorruft, so könnte der unmittelbare Kredit des Ministeriums nur in Ausnahmefällen gewährt werden.

Neue polnische Banknoten. An der Sitzung des Ministerials am 6. Februar wurde beschlossen, die Direction der Polnischen Landes-Darlehenskasse zu ermächtigen, eine neue Emission von Banknoten in Höhe von 250 Millionen Mark, außer der Summe von 500 Millionen, vorzubereiten, und zwar nicht nur in 500-Mark-Scheinen, sondern auch in kleineren Abschnitten.

Amerika als Lieferant für Eisenbahnmateriale. Das Departement für Bahnerzeugnisse und Dampfmaschinen entsandte besondere Vertreter nach Europa, um sich mit den Vertretern der Eisenbahnen der europäischen Staaten in der Anlehnung an die Lieferung von Eisenbahnmateriale zu verständigen.

Sulfid aus der Sojabohne. Die "Scientific American" berichtet, daß ein japanischer Chemiker, Prof. Sato, ein Verfahren entdeckt hat, um aus der Sojabohne einen nicht brennbaren Sulfid für Zelluloid herzustellen. Eine Gesellschaft mit einer Million Dollars Kapital baut bei Toito eine Fabrik zur Erzeugung dieses sog. Satoit.

Kunstfärberei

Chemische Dampf- u. Weisswäscherei

L. FRIEDRICH

Fabrik: Konstantiner 40 LODZ Filiale: Petrikauer 128

Größte Schönung der Weißwäsche.

Chemische Reinigung
Abteilung für Gardinen-, Wäscherei, Spannerei und Stores.
Imprägnieren
Dekoratur
Ausdränen von Sammet- und Plüschgarderoben

Trauer Sachen werden binnen 24 Stunden gefärbt.

In Bezug auf Dauerhaltigkeit und solide Ausführung ist einzig und allein das Schuhwaren-Geschäft von

J. KOWALCZYK,
Lodz, Ziegel-Strasse Nr. 25.
Konkurrenzlos am Platz.
Spezialität: Militär-, Ofiziers- und Reiterstiefel.
Niedrige Preise.

Drogerie

Arno Dietel, Petrikauer Strasse 157.
Geöffnet: von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr abends. Sonntags von 1—6 Uhr.

Sie verdienen viel Geld
beim Einkauf von
Kristall-, Revillier-, Lederwaren
und anderen Luxusartikeln,
da das Geschäft sich in Liquidation befindet und
verbundet reich assortiert ist.

M. Siegelberg,
Petrikauer Strasse 145.



Eselklassige chemische Dampf-Waschanstalt und Färberei

„HELENE“

Inh. H. Schulz,
Lodz, Wschodnia-Strasse Nr. 57.

Die Wäscherei führt alle in ihr Gebiet schlagenden Arbeit in sorgfältig und in zugänglichen Preisen aus, nimmt auch jegliche Auslieferungen von Wäsche an und ist für die Umschreibung verantwortlich.

Preisliste:
Taghemd 1.80 Ml. Leibchen 1.— Ml.
Nachthemd 1.— Schürze 1.50 " "
Borhemd 0.90 Tischluch 2.— "
Manschetten 0.90 Handtuch 0.50 "
Kragen 0.80 Gr. Servette 0.20 "
Unterhose 1.— Bettdecke 1.50 "
Paar Socken 0.30 Überzug 0.90 "
Taschenkuch 0.15 Bettlaken 1.— "

Die Preise für Gemüse Reinigung und Färben sowie Wäscherei von Herren- und Damenanzügen gibt das Geschäft am Ort bestimmt.

Bemerkung: Das Geschäft hat besondere Angebote zur Wäsche und Bekleidung der Wäsche ins Haus.

Hochachtungsvoll Helene Schulz.

Hoher Preis für Wäsche und Kleidung.

Hoher Preis für Wäsche und Kleidung.